

Sitzung Nr. 5 vom 15. Mai 2018

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Remo Bill Alexander Kaufmann Angela Kummer Daniel Hirt (Ersatz) Robert Gerber Konrad Schleiss Reto Gasser Ivo von Büren Richard Aschberger Marc Willemin Fabian Affolter Matthias Meier-Moreno Peter Brotschi Nicole Hirt
Entschuldigt	Daniel Hafner
Anwesend von Amtes wegen	Per Just, Geschäftsleiter SWG David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter Drazenka Dragila-Salis, Stadtbaumeisterin Christian Ambühl, Polizeikommandant Kurt Boner, Leiter SDOL Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 19:30 Uhr
TRAKTANDEN	(2365 - 2372)
1	Protokolle der Sitzungen Nr. 3 vom 13. März 2018 und Nr. 4 vom 3. April 2018
2	2365 VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN

- | | | |
|---|------|--|
| 3 | 2366 | Rechnung und Geschäftsbericht 2017 der SWG |
| 4 | 2367 | Jahresrechnung und Verwaltungsbericht 2017 der Stadt Grenchen |
| 5 | 2368 | Einrichtung von Tagesstrukturen im Schulkreis Kastels |
| 6 | 2369 | Genehmigung der Schulleitungspensen inklusive Erhöhung für das Schuljahr 2018/2019 |
| 7 | 2370 | Abschreibung von Vorstössen im Zusammenhang mit Verwaltungsbericht 2017 |
| 8 | 2371 | Wahlbüros 1 und 2: Rochade (Wahlvorschläge SP) |
| 9 | 2372 | Motion Angela Kummer (SP): Musikschule für die Zukunft fit machen: Einreichung |

- o -

Die Protokolle der Sitzungen Nr. 3 vom 13. März 2018 und Nr. 4 vom 3. April 2018 werden genehmigt.

- o -

VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN

Rechnung und Geschäftsbericht 2017 der SWG

Vorlage: SWG/Auszug VRB 18.004/24.04.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Per Just, Geschäftsleiter SWG, freut sich, auch dieses Jahr wieder dem Gemeinderat die Rechnung der SWG präsentieren zu dürfen. Anhand einer Präsentation äussert er sich kurz zum Absatz, zur Bilanz und Erfolgsrechnung, zum Umsatz, zur Geldflussrechnung und zur Ablieferung an Stadt Grenchen (siehe Beilagen 1–6). Der Verwaltungsrat der SWG hat die Rechnung genehmigt. Sie wurde auch von der Revisionsstelle kontrolliert und zur Genehmigung empfohlen.
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger, welcher von Amtes wegen VR-Präsident SWG ist, dankt Per Just für die Ausführungen.

2. Eintreten

- 2.1 Wie Gemeinderat Robert Gerber ausführt, dankt die FDP/glp-Fraktion dem gesamten SWG-Personal, der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat für das erfreuliche Jahresergebnis 2017 und die geleistete Arbeit. 780 000 Franken beträgt der Jahresgewinn. Die Konzessionsabgabe an die Stadt Grenchen beträgt 1.89 Mio. Franken. Alle Zahlen weisen auf ein weiteres erfolgreiches Geschäftsjahr hin. Solche Ergebnisse sind keine Selbstläufer. Sie müssen Jahr für Jahr neu erarbeitet werden. Ein vertiefter Blick in die Jahresrechnung der stadteigenen Energiefirma, der SWG, zeigt, dass es sich hier tatsächlich um eine Perle handelt. Die Stadt Grenchen hat also trotz aller Unkenrufe eine Perle in ihrem Portfolio. Es geht in den Diskussionen vielleicht manchmal etwas vergessen, wenn nicht ganz vergessen, dass die Perle der Stadt Grenchen gehört und nicht irgendeinem verdeckt agierenden Finanzjongleur oder unberechenbaren institutionellen Anlegern. Es handelt sich hier um Volksvermögen. Die Infrastrukturen dieser Perle sind à jour und nicht marod! Die FDP/glp-Fraktion gratuliert zum guten Ergebnis, das in einem schwierigen Marktumfeld. Ein Ergebnis, das in einem bis auf sieben Kommastellen regulierten Markt erwirtschaftet werden konnte. Sie nimmt das Geschäftsergebnis mit grosser Freude zur Kenntnis, ist für Eintreten und wird der Rechnung und dem Geschäftsbericht für das Jahr 2017 zustimmen.
- 2.2 Laut Gemeinderat Alexander Kaufmann ist die SP-Fraktion sehr erfreut über den wiederum sehr guten Rechnungsabschluss der SWG. In einem hart umkämpften Markt kann sich die SWG mit Bravour behaupten und so u. a. der Stadt Grenchen einen ansehnlichen, jährlichen Betrag in die Stadtkasse überweisen.

Die SP wünscht der SWG weiterhin viel Erfolg und bei ihrem grössten Projekt einen „langen Schnuf“ und eine baldige Realisation des Bauvorhabens. Sie ist für Eintreten.

- 2.3 Auch die CVP-Fraktion, so Gemeinderat Peter Brotschi, dankt dem Verwaltungsrat, der Geschäftsleitung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SWG für ihre Arbeit und das gute Jahresergebnis. Sie ist für Eintreten. Er hat dann noch zwei Fragen in der Detailberatung.
- 2.4 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP-Fraktion für Eintreten ist, und dankt für das gute Ergebnis.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1 Editorial

- 3.1.1 Gemäss Peter Brotschi ist im Editorial vom Ausbau des Dienstleistungsangebots im Rohrleitungsbau und im kabellosen Tiefbau die Rede. Es mag sein, dass es keine langen Gräben mehr gibt, dafür aber sehr viele Schlitze. Das hat man in der Däderizstrasse gesehen. Er hat sich deshalb schon gefragt, ob es nicht besser ist, einen Graben auszuheben und dann die Rohre zu verlegen. Die Däderizstrasse sah aus wie ein Löcherbecken und der Strassenbelag wie ein Flickenteppich. Gott sei Dank wird die Strasse jetzt saniert.

3.2 Lagebericht

- 3.2.1 Im Lagebericht, so Peter Brotschi, steht unter „Zukunftsaussichten“, dass die Lebensdauer der Rohre aus duktilem Gusseisen nach 20 oder 30 Jahren abgelaufen ist. Er hat das Vertrauen und glaubt das gern. Gibt es eine Zweitmeinung, eine Expertise oder stellt das die SWG einfach fest? Ist die Garantie schon abgelaufen?

- 3.2.2 Laut Per Just ist das die Feststellung der SWG. Sie hat die umliegenden Werke besucht, welche die gleichen Probleme haben. Grenchen hat 20 km im Risiko, Biel ca. 70 km und Zürich ca. 500 km. Man ist daran, nach einer gescheiterten Analyse Methode zu suchen, um erkennen zu können, wo es wie schlimm ist, damit man nicht alles, sondern nur den maroden Teil herausreissen muss. Es ist ein bekanntes Problem, aber eine Patentlösung hat man nicht. Man hat Versprechen bekommen, dass es 100 Jahre halten soll, man hat sie dummerweise aber nicht schriftlich.

- 3.2.3 François Scheidegger ergänzt, dass es einen Auftrag des Verwaltungsrats gibt, dies rechtlich abzuklären. Die Chancen sind aber relativ klein.

3.3 Bilanz

- 3.3.1 Gemeinderat Reto Gasser bezieht sich auf die Forderungen gegenüber Dritten. Im Vorjahr waren es 7.2 Mio. Franken und jetzt 11.1 Mio. Franken. Wie ist der Anstieg zu begründen?

- 3.3.2 Per Just führt aus, dass dies zwei Gründe hat. Erstens hat man viel mehr Gas verkauft und das schlägt im Dezember relativ stark zu Buche. Zweitens wurden die Rechnungsläufe umgestellt. Jetzt wird quartalsweise und nicht mehr rollierend abgerechnet. Jetzt wurde im 4. Quartal alles miteinander abgerechnet. Dies alles hat zur Erhöhung geführt. Es ist ein auch ein Abgrenzungsproblem.

- 3.4 Erfolgsrechnung
- 3.4.1 Reto Gasser fragt, weshalb es bei den Sachversicherungen, Abgaben, Leitungskataster fast zu einer Verdoppelung gekommen ist (Vorjahr 242'654.43 und jetzt CHF 406'339.24)?
- 3.4.2 Per Just erklärt, dass man im Bereich Leitungskataster sehr stark am Investieren ist. Man hat den Entscheid gefällt, dass man es nicht mehr herausgibt. Es wurde deshalb ziemlich viel Geld für den Aufbau ausgegeben. Es gab aber noch einen Vertrag mit einem Ingenieurbüro, der bis Ende 2017 lief. Gleichzeitig hat man aber gewisse Materialien angeschafft und gewisse Vorleistungen getätigt, was zu Doppelspurigkeiten geführt hat. Es wird 2018 nicht mehr auf dem Niveau bleiben. Dass man auf Vorjahresniveau runterkommt, bezweifelt er, da jetzt Zusatzleistungen beansprucht werden, die mehr kosten.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1 Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung gemäss § 8 der SWG-Statuten die Genehmigung:
- der Erfolgsrechnung SWG 2017
 - der Bilanz SWG per 31.12.2017
 - des Geschäftsberichts SWG 2017

Vollzug: KZL

Beilagen:

1. Absatz
2. Bilanz
3. Erfolgsrechnung
4. Umsatz
5. Geldflussrechnung
6. Ablieferung an Stadt Grenchen

GV
SWG
FV

8.7 / acs

Rechnung 2017

Absatz



Energie und Wasser		2017	2016
Strom			
Energie	(MWh)	138'338	132'380
Netz	(MWh)	161'582	156'633
Wasser	(m ³)	1'482'578	1'346'216
Gas	(MWh)	220'592	202'957

23. Mai 2017

Rechnung 2016

Bilanz (GB Seite 4-5)



		2017	2016
Aktiven	KCHF	95'984 100%	94'127 100%
Umlaufvermögen		20'195 21%	15'572 17%
Anlagevermögen		75'789 79%	78'555 83%
Passiven		95'984	94'127
Fremdkapital		38'554 40%	36'094 38%
Darlehen		9'400 10%	9'600 10%
Langfr. Rückstellungen		17'693 18%	14'398 15%
Eigenkapital		57'430 60%	58'033 62%

23. Mai 2017

Rechnung 2016

Erfolgsrechnung (GB Seite 6)



		2017		2016	
Umsatz	KCHF	38'838	100%	41'867	100%
Direkter Aufwand		17'576	45%	22'779	17%
Personalaufwand		7'301	19%	6'782	17%
Sonstiger Aufwand		2'783	7%	2'119	5%
Betr. Erg. vor Abschr & Finanzerfolg		11'179	29%	10'187	24%
Abschreibungen		7'340	19%	8'222	20%
Finanzerfolg		-102		-101	
Betriebsergebnis		3'677	9%	1'864	4%
a.o Ertrag		1'092		2'158	
a.o Aufwand		-729		-955	
Rückstellungen		-3'323		-1'123	
Jahresgewinn		780		775	

Rechnung 2016

Umsatz



		2017		2016	
Umsatz	KCHF	38'838	100%	41'867	100%
Wasserversorgung	KCHF	4'882	13%	4'532	12%
Stromversorgung	KCHF	20'910	54%	22'163	57%
Gasversorgung	KCHF	13'654	35%	15'508	40%
Neue Geschäftsfelder	KCHF	1'061	3%	942	2%
Übriger Ertrag	KCHF	301	1%	478	1%
Konzession	KCHF	-1'890	-5%	-1'817	-5%



Rechnung 2016

Geldflussrechnung (GB Seite 7)



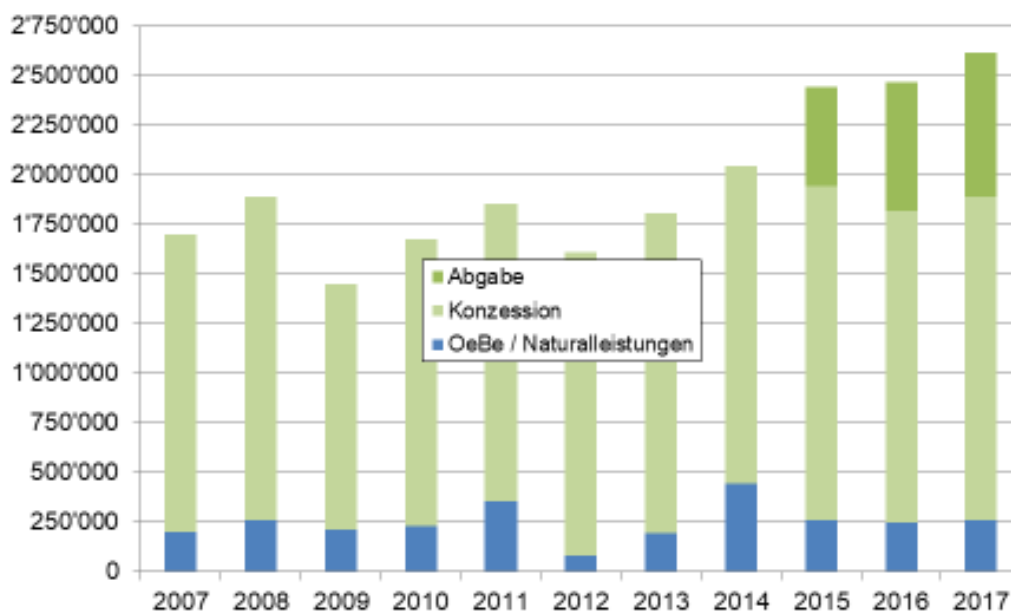
	KCHF	2017	2016
Cash Flow		7'187	7'799
Mittelfluss Investitionen		-5'065	-4'898
Mittelfluss Finanzierung		-184	-184
Veränderung flüssige Mittel		1'938	2'717
Flüssige Mittel per 31.12		8'576	6'638

23. Mai 2017



Rechnung 2016

Ablieferung an Stadt Grenchen



23. Mai 2017

Jahresrechnung und Verwaltungsbericht 2017 der Stadt Grenchen

Vorlagen: FV/27.04.2018

Jahresrechnung und Verwaltungsbericht 2017 der Stadt Grenchen

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik, verweist auf die bereits erfolgte Medienmitteilung über das Rechnungsergebnis 2017 vom 4. Mai 2018, das Mediencafé vom 7. Mai 2018 mit der Präsentation der Jahresrechnung 2017 und den ausführlichen Bericht der Finanzverwaltung in der gedruckten Rechnung, die den GR-Mitgliedern vorgängig zur heutigen Sitzung per Post zugestellt wurde.

Die vorliegende Jahresrechnung basiert auf dem Gemeindegesetz. Die Rechnungslegung orientiert sich im 2017 zum zweiten Mal an den Standards des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2 (HRM2) im Kanton Solothurn.

Hier das Ergebnis zusammengefasst mit den wichtigsten Kennzahlen:

1.2. Rechnungsabschluss

1.2.1 Erfolgsrechnung (Folie 1)

Das Ergebnis der Erfolgsrechnung fällt mit einem Aufwandüberschuss von 0.99 Mio. Franken um 3.2 Mio. Franken besser aus als budgetiert. Diese Verbesserung ist vor allem auf den um 3.2 Mio. höheren Gesamtertrag und den ausgeglichenen Gesamtaufwand (trotz Nachtragskrediten von fast 4 Mio. Franken) zurückzuführen.

1.2.2 Abschreibungen

Die Abschreibungen liegen mit rund 2.5 Mio. Franken auf Budgetkurs.

1.2.3 Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung schliesst mit Nettoausgaben von 5.0 Mio. Franken ab. Die ordentlichen Nettoinvestitionen betragen 4.94 Mio. Franken und die Spezialfinanzierungen belaufen sich auf 0.06 Mio. Franken. Netto wurden 2.3 Mio. Franken weniger investiert als budgetiert.

1.2.4 Finanzierungsergebnis

Wegen des besseren, aber immer noch negativen Ergebnisses in der Erfolgsrechnung resultiert nach Abzug der tieferen Nettoinvestitionen ein Finanzierungsfehlbetrag von 2.6 Mio. Franken. Das sind 6 Mio. Franken besser als budgetiert.

1.2.5 Selbstfinanzierungsgrad

Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 47.30%. Mittel- bis langfristig sollte ein Satz von mindestens 80% erreicht werden. Ansonsten nimmt die Fremdverschuldung deutlich zu.

1.2.6 Nettoergebnisse nach Funktionsstellen

Die Veränderungen über die verschiedenen Verwaltungseinheiten zeigt die funktionale Gliederung mit den Nettokosten. Die entsprechenden Kennzahlen befinden sich auf der Folie 2.

Bei den Löhnen des Verwaltungspersonals und der Lehrkräfte wurde, wie budgetiert, kein Teuerungsausgleich bezahlt. In der vorliegenden Jahresrechnung sind Rückstellungen für Überzeit- und Ferienguthaben enthalten.

1.3. Bilanz (Folie 3)

Die Bilanz ist im Jahr 2 mit der neuen Rechnungslegung HRM2 noch einmal um über 5 Mio. Franken gewachsen. Die Bilanzsumme beträgt neu über 168 Mio. Franken. Das Eigenkapital beträgt neu knapp 56 Mio. Franken.

1.3.1 Eigenkapital

Das Eigenkapital setzt sich aus den Verpflichtungen gegenüber den Spezialfinanzierungen (4.6 Mio. Franken), der Neubewertungsreserve aus dem Finanzvermögen (25.5 Mio. Franken) und dem Bilanzüberschuss (25.8 Mio. Franken) zusammen.

Die Neubewertungsreserve entspricht dem Saldo von Auf- und Abwertungen des Finanzvermögens. Sie steht nicht zur freien Verfügung zur Deckung von Defiziten.

1.4. Entwicklung Steuerertrag (Folie 4)

1.4.1 Grundsatz unter HRM2: Die Steuererträge werden einerseits pauschal und auch nach dem Einzelbewertungsprinzip für das Ausfallrisiko abgegrenzt. Es werden detaillierte Abgrenzungen vorgenommen und die wirtschaftliche und demographische Entwicklung des Steuerjahrs wird berücksichtigt.

Der Steuerertrag bei den Natürlichen Personen für das aktuelle Steuerjahr 2017 hat sich gegenüber dem Budget leicht verbessert. Aus dem aktuellen Steuerjahr 2017 resultiert ein Steuerertrag von 41.5 Mio. Franken. Das sind 0.5 Mio. Franken mehr als budgetiert. Die Taxationskorrekturen, d.h. die Steuererträge aus den Vorjahren, sind aber mit rund 0.5 Mio. Franken tiefer ausgefallen. Insgesamt sind bei den Natürlichen Personen 42.4 Mio. Steuern eingenommen worden. Das sind rund 0.6 Mio. Franken weniger als budgetiert, aber zirka 0.2 Mio. mehr als im Vorjahr.

1.4.2 Der Steuerertrag bei den Juristischen Personen hat sich gegenüber dem Budget verbessert. Aus dem aktuellen Steuerjahr 2017 resultiert ein Steuerertrag von 7.5 Mio. Franken. Die Taxationskorrekturen aus den Vorjahren betragen 3.1 Mio. Franken. Insgesamt belaufen sich die Steuererträge der Juristischen Personen auf 10.6 Mio. Franken. Das sind 1.6 Mio. Franken mehr als budgetiert und 0.1 Mio. Franken weniger als im Vorjahr.

1.4.3 Der gesamte Steuerertrag der Natürlichen und Juristischen Personen liegt darum gegenüber dem Vorjahr um 0.1 Mio. Franken höher und beträgt 53.0 Mio. Franken.

1.4.4 Bei den Grundstückgewinnsteuern und diversen Steuern ist ein Ertrag von 0.8 Mio. Franken zu verzeichnen. Das sind rund 0.2 Mio. Franken mehr als budgetiert und rund 0.4 Mio. Franken mehr als im Vorjahr.

- 1.5 Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Rechnungsergebnis 2017 besser als budgetiert, aber dennoch mit einem Aufwandüberschuss von 0.99 Mio. Franken abgeschlossen hat. Entgegen dem Vorjahr hat sich der negative Trend aus dem Vorjahr nicht mehr so stark bestätigt. Erfreulicherweise ist dank ausgeglichenen Ausgaben mit Nachtragskrediten von fast 4 Mio. Franken und höheren Erträgen das budgetierte Defizit von 4.2 Mio. Franken ausgeblieben.
- 1.5.1 Entwicklung kumulierte Ergebnisse, NBR, Spezialfinanzierungen (Folie 5)
- Die Übersicht zeigt die Entwicklung der kumulierten Ergebnisse von 1997 bis heute auf. Neu zeigt die Grafik die Neubewertungsreserve, die aus der Auf- bzw. Neubewertung vom Finanzvermögen unter HRM2 ab 2016 entstanden ist.
- Die Entwicklung des Eigenkapitals der letzten Jahre zeigt die aktuelle Finanzlage der Stadt Grenchen weiterhin als stabil auf. Ende 2017 beträgt das Eigenkapital inklusive der Neubewertungsreserve und den Spezialfinanzierungen 55.9 Mio. Franken.
- 1.5.2 Entwicklung Finanzierungsergebnisse / Darlehensverpflichtungen (Folien 6, 7)
- Um ausgeglichene Finanzierungsergebnisse zu erreichen, wären Ertragsüberschüsse von ca. 2.5 bis 5 Mio. Franken notwendig. Nur so könnte der anzustrebende Selbstfinanzierungsgrad von 80-100% erreicht und die notwendigen Investitionen aus eigenen Mitteln finanziert werden.
- Die negativen Finanzierungsergebnisse der letzten Jahre haben dazu geführt, dass zusätzliche Darlehen im Umfang von 18 Mio. Franken aufgenommen werden mussten werden. Zu Zeiten von tiefen Zinsen ist das nicht so problematisch. Irgendwann werden die Zinsen aber wieder steigen. Darum ist es sehr wichtig, diese Steigerung von Fremdkapital rasch zu entschleunigen und mittel- bis langfristig mit gesunden Finanzierungsergebnissen ganz zu stoppen. Schulden müssen auch wieder einmal zurückbezahlt werden. Auch deshalb sind gesunde Finanzierungsergebnisse ein absolutes Muss.
- 1.5.2 Entwicklung Rechnungsergebnisse (Beilage 8)
- David Baumgartner hat in den vergangenen Jahren darauf hingewiesen, dass kurz- bis mittelfristig nicht mit Überschüssen gerechnet werden kann. Mittel- bis langfristig sollte das aber wieder machbar werden. Das Rechnungsergebnis 2017 mit einem Minus von fast 1.0 Mio. Franken bedeutet das vierte negative Ergebnis in Folge. Für das laufende Jahr 2018 wurde ebenfalls noch ein Defizit von 2.8 Mio. Franken budgetiert.
- Die beschlossenen Massnahmenpakete 1+2 zeigen in der Rechnung 2017 erstmals Wirkung. Damit die Finanzen weiter stabilisiert werden können und die notwendigen Überschüsse von 2-5 Mio. Franken mit ausgeglichenen Finanzierungsergebnisse können erreicht werden, sind weiterhin Sparanstrengungen zu unternehmen und Strukturanpassungen zu prüfen. Eine bessere Konjunktur bzw. Wirtschaftslage kann dazu auch einen Beitrag leisten. Allerdings ist dann im gleichen Atemzug auch noch die anstehende Steuervorlage 17 zu erwähnen.
- Der Finanzplan für die Jahre 2019 – 2023 wird zusammen mit dem Budget 2019 im Budget-Gemeinderat im Oktober 2018 präsentiert und beschlossen.
- 1.5.3 David Baumgartner bittet den Rat, die vorliegenden Anträge auf Seite 21 und 22 zuhanden der Gemeindeversammlung zu genehmigen.

1.6 Stadtpräsident François Scheidegger dankt David Baumgartner für seine Ausführungen und den Mitarbeitenden der Finanzverwaltung für die geleistete Arbeit.

2. Eintreten

2.1 Wie Gemeinderat Peter Brotschi ausführt, hat die CVP-Fraktion die Jahresrechnung und den Verwaltungsbericht studiert. Es ist sehr viel Material zum Lesen und Verarbeiten. Sie bedankt sich bei allen, die im vergangenen Jahr im Dienst der Stadt gestanden sind und ihr Bestes gegeben haben. Alle, die im öffentlichen Gemeinwesen tätig sind, sind das Gerüst des Staatswesens, vor allem auf der Ebene der Gemeinde. Das wird von der Politik manchmal zu wenig angeschaut, auch wenn der Gemeinderat sicher die Instanz der Aufsicht und Entscheidungen ist. Was wäre der Gemeinderat, wenn die Verwaltung nicht dafür sorgen würde, dass die Entscheidungen des Gemeinderates auch umgesetzt werden? Nochmals herzlichen Dank. Dass das Jahresergebnis besser ausgefallen ist als budgetiert, freut die CVP ausserordentlich. Das ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass alle sorgsam mit dem ihnen anvertrauten Budget umgegangen sind. Auch wenn die Zahlen weniger rot als angenommen sind, kann man sich noch nicht zurücklehnen. Explizit nicht zufrieden ist die CVP mit dem Steuereingang der Juristischen Personen. 10 Millionen sind nicht zufriedenstellend. Das ist nicht einmal die Hälfte von dem, was man einmal hatte. Man hatte, wenn man die Geschichte anschaut, schon in den 70-er Jahren 10 Mio. Franken. Man denke bloss, wie viel das heute wäre, wenn man dies mit der Teuerung aufrechnen würde. Eigentlich müsste man heute fünf oder sechs Millionen mehr von den Juristischen Personen haben. Im Hinblick darauf, dass man eine grosse Anzahl von Arbeitsplätzen in Grenchen hat und tagtäglich so viele Pendler nach Grenchen kommen - Pendler, welche die Infrastruktur der Stadt Grenchen belasten - erwartet die CVP, dass es in Zukunft einen grösseren Steuerertrag gibt. Vor der Steuervorlage auf Stufe Stadt kann es einem nur grauen. Hilfreich ist der Erläuterungsbericht der BDO AG, auch wenn die Kontrolle jetzt wahrscheinlich teurer kommt als mit der früheren Rechnungsprüfungskommission. Die CVP dankt nochmals bestens, ist für Eintreten und wird die Jahresrechnung zuhanden der Gemeindeversammlung genehmigen. In der Detailberatung hat er dann noch eine Bemerkung und eine Frage.

2.2 François Scheidegger bemerkt, dass der Erläuterungsbericht der BDO jetzt auch professionell ist.

2.3 Gemäss Gemeinderat Alexander Kaufmann wurde die SP-Fraktion von David Baumgartner persönlich über die Jahresrechnung im Detail informiert. Vorweg möchte er im Namen der SP-Fraktion der Finanzverwaltung und sämtlichen, daran beteiligten Abteilungen und Personen ein grosses Dankeschön für die intensiven Arbeiten im Zusammenhang mit diesem erfreulichen Rechnungsabschluss aussprechen. Die Stadt Grenchen bewegt sich mit diesen aktuellen Zahlen erfreulicherweise in die richtige Richtung. Auch wenn die Rechnung noch nicht mit einer schwarzen Null abschliesst, so fällt doch das Jahresergebnis der Rechnung 2017 um 3.2 Millionen besser aus als budgetiert. Der Selbstfinanzierungsgrad mit 47.3 Prozent ist jedoch noch weit weg von angestrebten 80 bis sogar 100 Prozent. Um weitere, anstehende Investitionen zu finanzieren, sollten in den nächsten Jahren ausgeglichene Rechnungsabschlüsse angestrebt werden, wenn möglich sogar mit Überschüssen.

Politik und Verwaltung sind weiterhin stark gefordert, auch in Zukunft die richtige Balance zwischen Kosteneinsparungen und wichtigen Investitionen zu finden. Die SP-

Fraktion ist für Eintreten und unterstützt die Jahresrechnung mit Verwaltungsbericht gemäss Beschluss zuhanden der Gemeindeversammlung.

- 2.4 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP-Fraktion für Eintreten ist. Die Rechnung ist immer noch rot, d.h., man muss dafür sorgen, dass man bessere Steuereinnahmen hat, und weiter sparen. Die Sparmassnahmen die eingeführt wurden, beginnen zu greifen, was erfreulich ist. Das hat dazu geführt, dass das Defizit kleiner ausgefallen ist als budgetiert. Es ist aber nicht so, dass man jetzt mit Sparen aufhören kann. Man muss weiter sparen und vernünftig sparen. Wenn man auf diesem Weg weiterfährt, kommt es gut.
- 2.5 Gemeinderat Robert Gerber stellt im Namen der FDP/glp-Fraktion erfreut fest, dass die Rechnung 2017 im Ergebnis besser abschneidet als budgetiert. Wer die Fr. 990'000.00 gegenüber den Fr. 4.2 Mio. anschaut, stellt eine Verbesserung um etwa 77% fest. Wogegen ein Vergleich der Gesamtausgaben von Fr. 97.9 Mio. mit Fr. 3.3 Mio. eine Verbesserung um etwa 3 % zeigt. Dieser Zahlvergleich macht deutlich, dass das Resultat von der Betrachtungsweise abhängt. Auch die FDP/glp-Fraktion dankt der Finanzverwaltung für die geleistete Arbeit, die wegen der Umstellung auf HRM2-Modell bestimmt immer noch nicht einfacher gewesen ist. Seit Jahren gibt Grenchen mehr aus, als eingenommen wird. Das führt dazu, dass mit strukturellen Defiziten kutschiert werden muss. Natürlich befindet sich Grenchen in der komfortablen Situation, noch immer von den Eigenkapital-Millionen zehren zu können. Das Vermögen schmilzt der Stadt aber unter den Fingern weg. Wenn man ehrlich ist und sich vor Augen führt, welche Infrastrukturanlagen noch auf Vordermann gebracht werden sollten, sind Freudensprünge nicht angezeigt. Dabei ist immer zu bedenken, dass alles, was gebaut wird, wiederum Abschreibungsbedarf nach sich zieht, der zu einem späteren Zeitpunkt mehr und mehr zum Vorschein kommen wird. Der Selbstfinanzierungsgrad muss nach Ansicht der FDP/glp-Fraktion, steigen. Aus dieser Spirale kommt man nur heraus, wenn man weiterhin die Bemühungen für eine ausgeglichene Rechnung vorantreibt und auch wieder einmal Überschüsse ausweisen kann. Nicht die Verwaltung, sondern die Politik trägt die Verantwortung für den Umgang mit den vorhandenen Mitteln. Die Politikerinnen und Politiker sind in der Pflicht, rechtzeitig Massnahmen zu treffen. Es zeigt sich, dass man mit den von vielen so ungeliebten Massnahmenpaketen auf dem Weg ist. Wenn Grenchen als Stadt den Bürgerinnen und Bürgern etwas bieten und attraktiv bleiben will, muss man diesen Weg weiter gehen. Dabei ist es wichtig, dass das wenige vorhandene Geld nicht an diejenigen verteilt wird, die am lautesten schreien, sondern dort eingesetzt wird, wo es allen etwas bringt und das nachhaltig. Nicht vergessen darf man in der ganzen Diskussion auch die Auswirkungen der Steuervorlage 17. Diese kann man drehen und schütteln, wie man will, sie ist und bleibt eine Black Box. Wenn er sieht, was sich da zusammenbraut, dann graut ihm. Da geht der Blick aufs Ganze nicht nur etwas, sondern ganz verloren und Partikularinteressen verschieben sich in den Vordergrund. Die FDP/glp-Fraktion dankt allen, die zu diesem doch erfreulichen Jahresabschluss beigetragen haben, also insbesondere auch dem städtischen Personal. Sie wird auf die Rechnung eintreten und den Anträgen zustimmen.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Teil 1 Jahresrechnung

3.1.1 S. 45

Gemeinderätin Nicole Hirt bezieht sich auf den Beteiligungsspiegel und erkundigt sich, ob die Stadt nicht mehr am Flughafen Grenchen beteiligt ist.

David Baumgartner erklärt, dass es hier nur um wesentliche Beteiligungen geht. Man muss nicht alle Beteiligungen im Anhang aufführen. An der RFP AG ist die Stadt marginal beteiligt, das ist zu wenig für eine Erwähnung im Anhang.

Gemäss Gemeinderätin Angela Kummer braucht es eine Beteiligung von mindestens 10%. Im Falle der RFP ist es weniger.

Laut Peter Brotschi beträgt das Aktienkapital CHF 300'000.00.

3.1.2 S. 78

Wie Nicole Hirt ausführt, wird die Administration der Pensionskasse durch die BDO AG ausgeführt. Wo findet sie den Betrag, der nicht unerheblich ist?

Die Dienstleistungen für Verwaltung PK, so David Baumgartner, sind unter Konto 0228.3130.10 ausgewiesen (CHF 204'240.48).

3.1.3 S. 94

Nicole Hirt bezieht sich auf das Konto 2190.3132.00 Honorare Coaching, Supervision, Schulentwicklung. Budgetiert waren CHF 2000.00. Der Aufwand beträgt CHF 38'714.55. Wie kommt die Abweichung zustande?

Laut Gesamtschulleiter Hubert Bläsi hat das Projekt EffiSchulverwaltung den Aufwand nach oben schnellen lassen.

David Baumgartner meint, dass EffiSchulverwaltung nur ein Teil davon ist.

Zuhanden Protokoll nimmt die Finanzverwaltung wie folgt Stellung:

Das Konto zeigt folgende Kosten: EffiSchulverwaltung: CHF 30'000.00, Honorar „Neues Geschäftsleitungsmodell“: CHF 6'856.95, Projekt „2sprachige Schule“: CHF 1'857.60. Total CHF 38'714.55

3.1.4 S. 97

Nicole Hirt bemerkt zum Historischen Museum (Konto 3112), dass man hier nur Aufwand und keinen Ertrag hat. Im Gemeinderat wurde gesagt, dass man Geld reinholen soll. Ist das nicht ausgewiesen oder wird es verrechnet?

Angela Kummer erklärt, dass das Museum Grenchen eine Stiftung ist und eine eigene Rechnung hat. Vorliegend ist nur verbucht, was direkt via Stadt läuft. In der Stiftungsrechnung ist der Ertrag ausgewiesen. Sie wird den GR-Mitgliedern die Jahresrechnung des Museums schicken.

Laut David Baumgartner sind hier nur der Beitrag der Stadt und der Aufwand für die Liegenschaft enthalten.

3.2 Teil 2 Verwaltungsbericht

3.2.1 Seite 10

Gemeinderat Richard Aschberger verweist auf GR-Beschluss 2266 vom 27. August 2017. Bei der Behandlung des Geschäfts „*Motion Fraktion SVP: Transparenz bei Sitzungsgeldern: Beschluss über Erheblicherklärung*“ wurde versprochen dass eine An- und Abwesenheitsliste der GR-Mitglieder im Verwaltungsbericht veröffentlicht wird. Er hat die Liste im vorliegenden Verwaltungsbericht nicht gefunden. Es würde ihm reichen, wenn es ab 2018 gemacht wird.

Stadtschreiberin Luzia Meister wird veranlassen, dass die Liste ab 2018 in den Verwaltungsbericht eingebaut wird.

3.2.2 Seite 43

Peter Brotschi bedankt sich namens der CVP bei der Stadtpolizei für ihre Arbeit, die sie oft hinter den Kulissen verrichtet. Sie dankt, wenn die Stadtpolizei mithilft, dass auf dem öffentlichen Grund auch in Sachen Abfall eine Verbesserung eintritt. In diesem Sinne bittet sie die Stadtpolizei, im kommenden Jahr ein Augenmerk auf die Durchsetzung des Abfallreglements der Stadt Grenchen zu setzen. Das Reglement ist ein von der Gemeindeversammlung beschlossenes städtisches Gesetz. Die CVP weiss um die Vielfältigkeit der Aufgaben und Anforderungen an die Stadtpolizei. Es ist aber die „Stadt“-Polizei dazu da, die städtischen Gesetze durchzusetzen. Wer sollte das sonst tun? Er bittet wirklich um aktive Mithilfe bei der Sauberbarkeit der Stadt. Im Abfallreglement ist klar definiert, wann und wie Abfall auf der Strasse bereitzustellen ist. Das Reglement ist nicht ein Wunschzettel, sondern ein Gesetz. Nötigenfalls muss man zu den Besitzern der Liegenschaften gehen. Diese müssen es durchsetzen, wenn sie schon Abwarte einsparen wollen.

Für François Scheidegger ist das tatsächlich auch ein Ärgernis. Es ist aber nicht so einfach zu vollziehen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

4.1 Die Ergebnisse der Jahresrechnung 2017 werden in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen:

4.1.1 **Erfolgsrechnung (in Franken)**

Aufwand	97'921'893.13
Ertrag	96'931'575.80
Aufwandüberschuss	990'317.33

4.1.2 **Investitionsrechnung (in Franken)**

Ausgaben	6'242'532.01
Einnahmen	1'222'930.80
Nettoinvestitionen	5'019'601.21

- 4.1.3 **Finanzierungsfehlbetrag** **2'645'348.86**
- 4.2 Der Aufwandüberschuss wird dem Eigenkapital entnommen. Dieses beträgt neu CHF 25'842'538.08.
- 4.3 Die Jahresrechnung und der Verwaltungsbericht der Stadt Grenchen für das Jahr 2017 werden genehmigt. Behörde und Verwaltung wird Entlastung erteilt.
- 4.4 Die BDO AG wird als Revisions- und Rechnungsprüfungsstelle für das Jahr 2018 gewählt.

Vollzug: FV

Beilagen:

- Folien 1 - 3: Rechnungsabschluss 2017: ER / Nettoergebnisse nach Funktionsstellen / Bilanz
- Folie 4: Entwicklung Steuerertrag 1997 - 2017
- Folie 5: Entwicklung Nettoverschuldung/-vermögen, kumulierte Ergebnisse, NBR 1997 - 2017
- Folie 6: Finanzierungsergebnisse 1999 - 2017
- Folie 7: Darlehensverpflichtungen 1999 - 2017
- Folie 8: Rechnungsergebnisse 1997 - 2017

GV
Verwaltungsabteilungen
FV

9.2.1.1 / acs

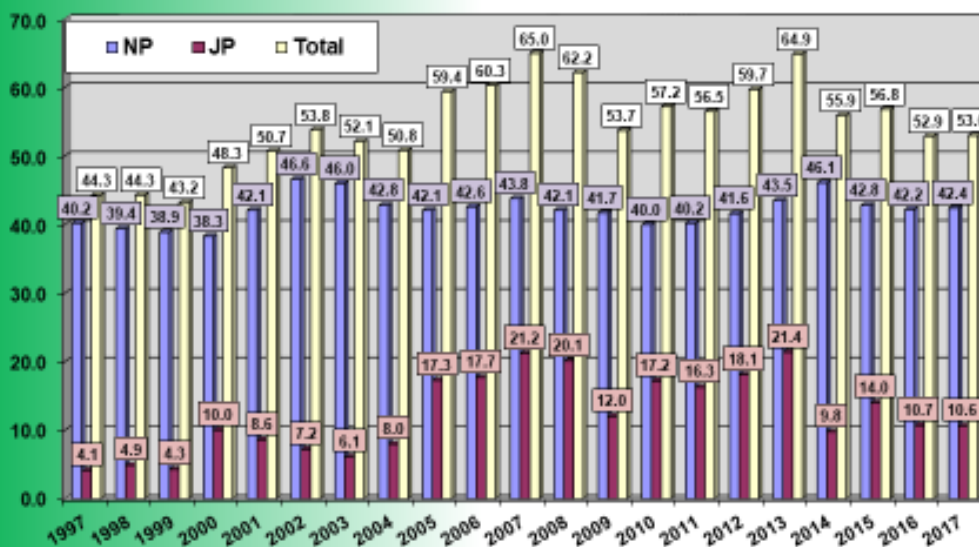
Erfolgsrechnung [in 1'000 CHF]	Rechnung 2017	Budget 2017	Differenz
Gesamtaufwand	97'922	97'926	-4
Gesamtertrag	96'932	93'727	3'205
Ertragsüberschuss (+) / Aufwandüberschuss (-)	-990	-4'199	3'209
Abschreibungen VV	2'461	2'455	6
Investitionsrechnung			
Ausgaben Verwaltungsvermögen	6'243	7'930	-1'688
Einnahmen Verwaltungsvermögen	1'223	630	593
Nettoinvestitionen VV	5'020	7'300	-2'280
Finanzierungsfehlbetrag	-2'645	-8'689	6'044
Selbstfinanzierungsgrad [in %]	47.30	-19.03	66.33

Nettoergebnisse nach Funktionsstellen

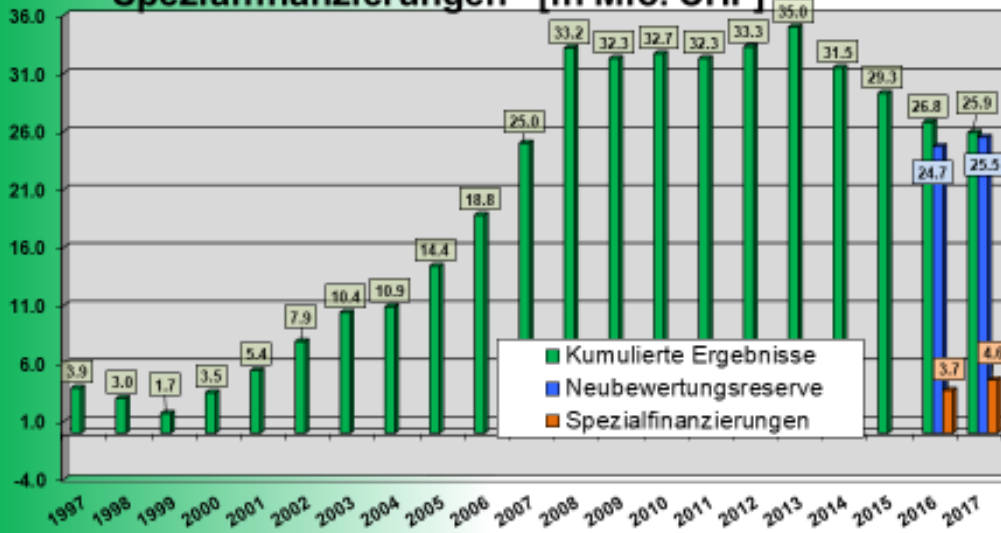
[in 1'000 CHF]	Rechnung 2017	Budget 2017	Abweichung
0 Allgemeine Verwaltung	6'454	6'467	-13
1 Öffentliche Sicherheit	2'732	2'835	-103
2 Bildung	20'411	21'211	-800
3 Kultur, Sport und Freizeit	3'298	3'520	-222
4 Gesundheit	2'164	2'140	24
5 Soziale Sicherheit	15'907	15'420	487
6 Verkehr	4'849	6'063	-1'214
7 Umweltschutz und Raumordnung	1'134	1'024	110
8 Volkswirtschaft	473	489	-16
9 Finanzen (ohne Steuern)	-3'639	-3'325	-314
Nettoaufwand	53'783	55'844	-2'061
9 Steuern (netto)	52'793	51'645	1'148
Ergebnis	-990	-4'199	3'209

Bilanz [1'000 CHF]	01.01.2017	31.12.2017	Zu- / Abnahme
Aktiven	162'815	168'033	5'218
Finanzvermögen	118'888	121'357	2'469
Verwaltungsvermögen	43'927	46'676	2'749
Passiven	162'815	168'033	5'218
Fremdkapital	107'553	112'089	4'536
Eigenkapital	55'262	55'944	682

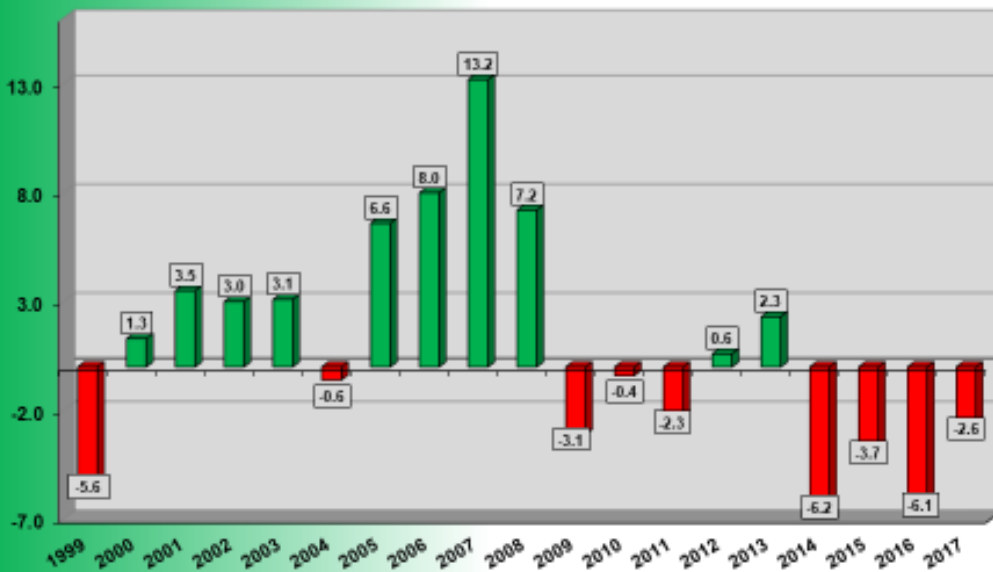
Entwicklung STEUERERTRAG [in Mio. CHF]



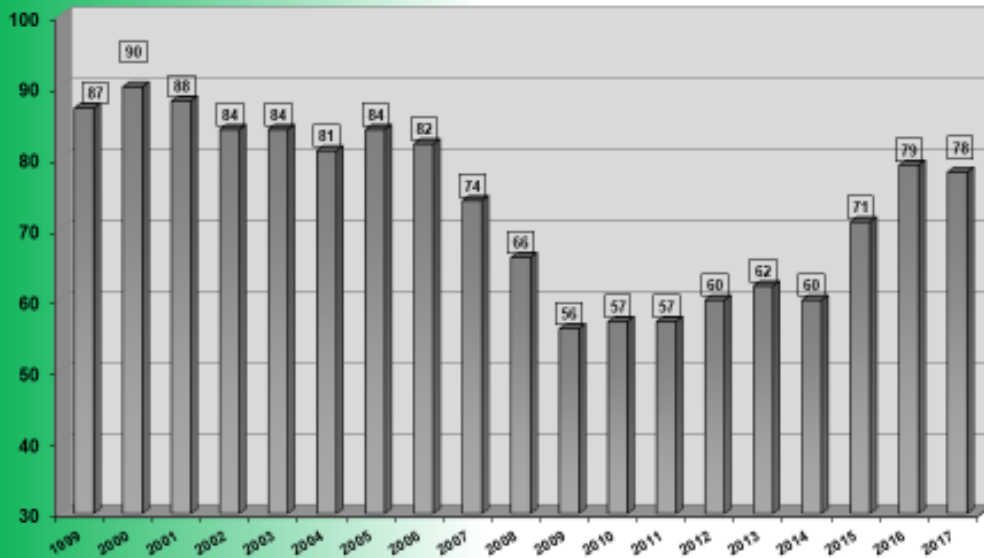
**Entwicklung kumulierte Ergebnisse, NBR,
Spezialfinanzierungen [in Mio. CHF]**



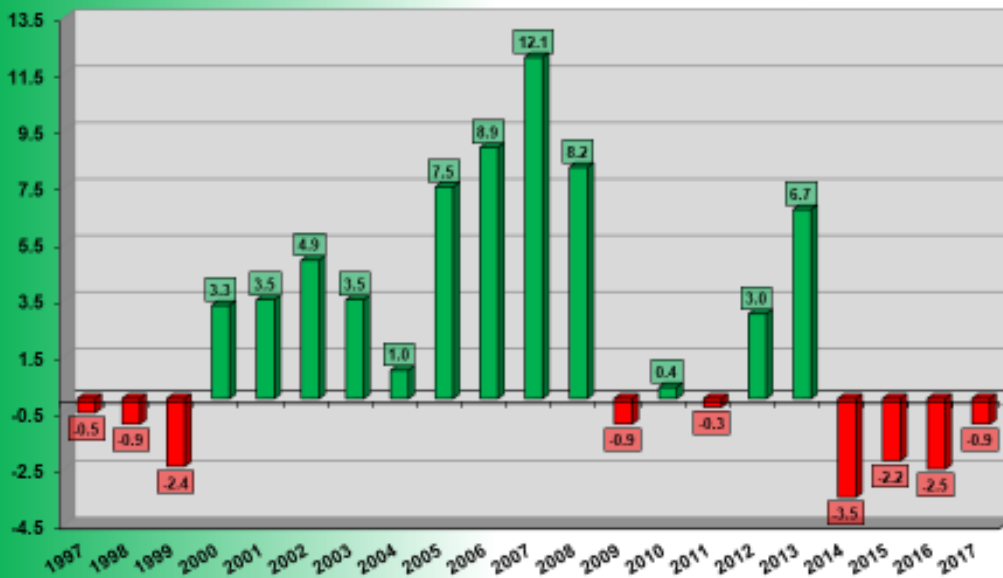
Finanzierungsergebnisse [in Mio. CHF]



Darlehensverpflichtungen [in Mio. CHF]



Rechnungsergebnisse [in Mio. CHF]



Einrichtung von Tagesstrukturen im Schulkreis Kastels

Vorlage: Schulen Grenchen/03.05.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Laut Gesamtschulleiter Hubert Bläsi funktionieren bekanntlich in zwei von drei Quartierschulhäusern die Tagesstrukturen für die Primarschüler/innen. Einzig im Schulkreis Kastels hat man sie noch nicht installieren können und das, obwohl seitens der Eltern - gemäss Befragungen - dort der grösste Bedarf angemeldet wird. Anstrengungen für das Einführen des benötigten Angebots sind bis jetzt an der räumlichen Situation gescheitert. Bemühungen seitens des Elternrats wie auch befürwortende Vorstösse hier im Gemeinderat wurden von der Mehrheit jeweils gestützt. Man ist sich einig gewesen, dass das Machbare zügig umgesetzt werden soll, auch wenn damit keine Komplettlösung vorliegen sollte. Nachdem im Frühling beschlossen wurde, einen von zwei Kastels-Kindergärten - mangels einer ungenügenden Schülerzahl im Einzugsgebiet - ins Zentrum zu verschieben, wurden im Trakt A Räumlichkeiten frei. Basierend auf dieser Situation hat man umgehend gehandelt und in Zusammenarbeit mit der Baudirektion die jetzt zu diskutierende Vorlage ausgearbeitet. Man war zuversichtlich, ohne grosse Umbauarbeiten zu verursachen, eine gute Lösung anzubieten. Nachdem das Geschäft bereits eingegeben worden war, wurde bekannt, dass der langjährige Hauswart seine Stelle gekündigt hat. Dieser Umstand hat eine neue Ausgangslage generiert, weil man davon ausgegangen ist, dass jetzt in der Hauswartwohnung automatisch weitere Räumlichkeiten zur Verfügung stehen würden. Diese Ansicht wird im Besonderen von den Unterstufenlehrerinnen vertreten, die seit langem Gruppenunterrichtsräumen im eigenen Trakt begehren - sie sind ebenfalls im 'Trakt A' untergebracht. Sie vertreten die Meinung, die Tagesstrukturen könnten jetzt in der Hauswartwohnung angeboten werden. Hubert Bläsi wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, dass bereits 2015 abgeklärt worden sei, dass sich die Hauswartwohnung als 'nicht Tagesstruktur geeignet' herausgestellt habe. Gemäss der vom Gemeinderat in der Schulraumplanung abgesegneten 'Variante A' ist - unter der Prämisse, dass die Hauswartwohnung ausgelagert würde - vermerkt: 'Verlagerung der Bibliothek in die Hauswartwohnung'. Wie auch immer: Die der Unterstufe in Aussicht gestellten Gruppenräume wären bei einer Tagesstruktur-Umnutzung der jetzt frei werdenden Räumen nicht im gleichen Trakt vorhanden. So ist ein Zielkonflikt entstanden. Entsprechende bilaterale Gespräche zur Problemstellung wurden seines Wissens geführt. Im Namen der Geschäftsleitung Schulen bittet er den Rat, auf das Geschäft einzutreten.

- 1.2 Gemeinderätin Angela Kummer bezieht sich auf ihre Motion "Tagesstrukturen im Schulkreis Kastels ab Schuljahr 2018/2019". Der SP ist es wichtig, dass auf nächstes Schuljahr (es muss nicht zwingend August 2018 sein) im Kastels Tagesstrukturen eingerichtet werden können. Der Ort und der genaue Einführungszeitpunkt sind nicht so relevant. Hier kann allenfalls Hand geboten werden. Sie betont, dass die Tagesstrukturen von den Eltern stark gefordert werden. Im Kastels ist der Bedarf anscheinend noch grösser als an anderen Orten. Im Eichholz und im Halden sind es je 20 Plätze, die gut laufen. Man könnte auch dort in den nächsten Jahren allenfalls einen Ausbau in Erwägung ziehen. Es ist aber nicht so, dass dies die SP gleich will. Sie möchte aber aus Gründen der Fairness gegenüber den Kindern, Eltern und Lehrpersonen des Schulkreises Kastels die gleiche Lösung wie in den anderen Schulkreisen. Die SP war erstaunt - auch Angela Kummer wusste nicht davon - dass die Gruppenarbeitsräume so dringend sind. Es war bekannt, dass das Schulhaus Kastels aus allen Nähten platzt. Sie hat sich die Problematik vor Ort zeigen und erklären lassen. Man ist bisher immer von den Vorlagen ausgehen, die dem Gemeinderat unterbreitet wurden. Wenn die Überprüfung der Hauswartwohnung erfolgt ist und es anscheinend nicht geht, geht die SP davon aus, dass dies der Wahrheit entspricht. Die SP ist für Eintreten auf die Vorlage und möchte die Tagesstrukturen im Kastels einrichten. Damit man den Lehrpersonen entgegenkommen kann, verlangt sie, dass die Hauswartwohnung nochmals geprüft wird. Ihres Erachtens müsste vorgängig die Hauswartwohnung ohnehin noch frei gegeben werden. Dieser Entscheid wurde noch nicht gefällt. Dieser Punkte ist noch ziemlich umstritten. Der Gemeinderat hat entschieden, dass dies von Schulkreis zu Schulkreis angeschaut wird. Angela Kummer ist gespannt, wie die Resultate aussehen werden. Im Kastels hat man viele Ansprüche auf wenig Platz. Wenn man etwas genauer hinschaut, ist sie überzeugt, dass man eine Lösung finden, die Tagesstrukturen-Räumlichkeiten im Kindergarten zumindest zeitweise als Gruppenräume verwenden und dann später die Tagesstrukturen im Rahmen der weiteren Schulraumplanung allenfalls in einem kompletten Neubau oder irgendwo anders auf dem Schulgelände einrichten könnte. Für die SP wäre auch möglich, dass man jetzt einfach einmal startet und provisorisch an die Sache herangeht.

2 Eintreten

- 2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger fehlt tatsächlich noch der Grundsatzentscheid betreffend Hauswartwohnungen, der durch den Gemeinderat noch gefällt werden muss. Er müsste irgendeinmal noch dazwischengeschoben werden.
- 2.2 Hubert Bläsi führt aus, dass dies zwei Geschäfte sind. Der Gemeinderat hat am 25. Oktober 2016 die Variante A1+ für die Umsetzungsplanung gewählt (minimale bauliche Erweiterung Kastels mit/ohne Auslagerung der Hauswartwohnungen Primarschulen). Man würde die Räumlichkeiten gerne zur Verfügung stellen, aber im Moment ist man blockiert, weil die Räumlichkeiten noch nicht freigegeben sind.
- 2.3 Gemäss Gemeinderat Matthias Meier-Moreno steht die CVP-Fraktion hinter der Einführung der Tagesstrukturen im Kastels und hätte es sehr begrüsst, dies auf Schuljahresbeginn 2018/19 zu starten. Laut Vorlage wäre dies auch so geplant, jedoch haben sich die Gegebenheiten in der Zwischenzeit mit der Kündigung des Hauswerts wesentlich verändert, was räumliche Wünsche bei der Lehrerschaft geweckt hat. Dieser Umstand löste bei der CVP-Fraktion nicht gerade eitle Freude aus, zumal man heute die Einführung der Tagesstrukturen hätte ordentlich beschliessen können,

stattdessen muss diese nun nach hinten verlegen werden, was ihm persönlich für die Kinder und Eltern im Kastels sehr leid tut. Die CVP-Fraktion sieht sich gezwungen, die Vorlage zurückzuweisen mit dem Vermerk, diese zu überarbeiten. Selbstverständlich kann sie sich auch mit der Durchführung einer ersten Lesung einverstanden erklären.

- 2.5 Wie schon bei den vorher so gelagerten Vorlagen, so Gemeinderat Richard Aschberger, ist die SVP-Fraktion auch hier dagegen. Seit Jahren weist sie auf die hohen Kosten, den absolut ungenügenden Selbstfinanzierungsgrad und die zu tiefen Elternbeiträge etc. hin. Die Stadt spart an allen Ecken und Enden und hier löst man einmal mehr sechsstellige Beträge aus für eine absolute Minderheit der Bevölkerung. Man beachte die Beilage 4 mit einer Steigerung von CHF 211'000.00 auf CHF 363'000.00 in zwei Jahren, und wenn nach drei Jahren die Subventionen auslaufen, kommen nochmals CHF 40'000.00 pro Jahr zusätzlich dazu. Kombiniert man das Ganze mit dem Defizit, welche die Kindertagesstätten generieren - das ist immer noch ein heisses Eisen - dann gibt man ab 2020/21 fast eineinhalb Mio. Franken für diesen kleinen Bereich aus. Für die SVP ist das ein Schlag ins Gesicht all derjenigen Familien, die sich selbst ohne behördliche Hilfe und Angebote organisieren. Deshalb lehnt die SVP auch diese Vorlage klar ab. Sie kann sich dem Rückweisungsantrag anschliessen. Gegebenenfalls könnte sie auch mit einer 2. Lesung leben.
- 2.6 Laut Gemeinderat Konrad Schleiss ist die FDP-glp-Fraktion für Eintreten. Sie hat das Gefühl, dass die Tagesstrukturen etwas sind, das man braucht. Das gehört zu den Schulen Grenchen und zu dem hat man grundsätzlich ja gesagt. Sie ging davon aus, dass heute darüber beschlossen werden kann, und war erstaunt über die verschiedenen Messages, die es gegeben hat und die Unklarheiten aufgezeigt haben. Entsprechend ist die Fraktion dafür, dass man die Sache nochmals genau anschaut und prüft, welche alternativen Möglichkeiten man allenfalls hat, um das Beste zu suchen. Heute muss wohl darüber entschieden werden, welches der beste Weg ist, um dorthin zu gelangen, damit man am Schluss ein Ergebnis erhält, das allen passt.
- 2.7 Wie Gemeinderätin Nicole Hirt ausführt, sind Tagesstrukturen ein Bedürfnis der heutigen Gesellschaft, damit Familien und Beruf unter einen Hut gebracht werden können. Tagesstrukturen bedeuten, dass die Kinder ausserhalb des ordentlichen Stundenplans betreut sind. Der Mittagstisch ist ein Teil der Tagesstrukturen, ein Angebot, bei dem Verpflegung und Betreuung über die Mittagszeit gewährleistet sind. Finanziert werden alle diese Strukturen zu einem kleinen Teil mit Elternbeiträgen und zu einem sehr grossen Teil durch die öffentliche Hand. Aktuell ist das Kastels der einzige Schulkreis ohne Tagesstrukturen. Im Schulkreis Eichholz haben Tagesstrukturen eine optimale geografische Lage, so dass sie den regulären Unterricht nicht beeinträchtigen. Im Schulkreis Halden ist die Situierung nicht optimal, weil sie neben einem Schulzimmer platziert sind. Jetzt will man im Schulkreis Kastels den genau gleichen Fehler wie im Schulkreis Halden machen. Der Kindergarten im Takt A, der nicht mehr gebraucht wird, soll für die Tagesstrukturen genutzt werden. Der Takt A benötigt aber dringend Gruppenräume, wie sie für die Integration, d.h. die Spezielle Förderung und den Lehrplan 21 nötig werden. Aktuell müssen die Lehrpersonen mit ihren Schützlingen den Trakt verlassen, um einen Gruppenraum aufzusuchen. Da geht jedes Mal wertvolle Unterrichtszeit verloren. Nicole Hirt ist absolut keine Gegnerin von Tagesstrukturen, im Gegenteil. Für viele Kinder sind die Tagesstrukturen ein Segen. Aber das, was jetzt im Schulkreis Kastels geplant ist, ist ein Schnellschuss.

Es kann nicht sein, dass auf Druck der Eltern im Kastels die Tagesstrukturen à tout prix errichtet werden, und das zum Nachteil der Regelklasse, das ist für Nicole Hirt ein No-go. Sie hat die Örtlichkeiten besichtigt, d.h. die Hauswartwohnung und den ehemalige Kindergarten. Sie ist sogar dort selbst zur Schule gegangen und musste zu ihrem Erstaunen feststellen, dass sich nichts verändert hat. Das Einzige, das neu ist, ist die Uhr in der Turnhalle. Es ist wirklich Sanierungsbedarf vorhanden. Ihr Kompromissverschlagn wäre: Bis die laufende Schulraumplanung abgeschlossen ist (kleine Nebenfrage: wie lange dauert das noch?), wird im Schulkreis Kastels jetzt erst einmal ein Mittagstisch eingerichtet, der entweder in der freien Hauswartwohnung (hier müssen noch Abklärungen getroffen werden) oder im freierwerdenden Kindergarten angesiedelt wird. Der Mittagstisch stört im Gegensatz zu den Tagesstrukturen den Schulbetrieb nicht. Sie sieht nicht ein, warum man gleich im Vollmodus starten muss. Warum kann man nicht einfach peu à peu mit einem Mittagstisch starten und das Angebot, wenn es dann die Schulraumplanung zulässt, später ausbauen? Sie stellt Antrag auf Rückweisung und verlangt eine vertiefte Analyse dessen, was sie soeben geschildert hat.

2.8 Angela Kummer bezieht sich auf das Votum Richard Aschberger. Es ist so, dass Tagesstrukturen zeitgemäss sind. Die Stadt will attraktiv bleiben. Es geht nicht nur um ein paar Eltern, sondern auch um gutverdienende Steuerzahler, die das Angebot als nötig erachten. Sie hat die Räumlichkeiten auch angeschaut. Es ist absolut klar, dass bei der Schulraumplanung dort weitere Gruppenarbeitsräume geschaffen werden müssen. Im Schulkreis Halden ist es auch gelungen, in den Garderobentrakten Vorräume zu realisieren. Im Schulkreis Kastels ist mit besserer Beleuchtung, Beheizung usw. auch noch etwas zu machen. Sie hat festgestellt - auch in anderen Trakten - dass die Räume auch gemeinsam genutzt werden können. Zumindest einen Teil des Morgens (also zwei, drei Stunden) wäre es sicher möglich, die Tagesstrukturen als Gruppenarbeitsräume zu brauchen. Das Mobiliar wäre das gleiche. Sie findet, dass dies mit Goodwill von beiden Seiten gehen könnte. Es geht nicht darum, die einen gegen die anderen auszuspielen. Man spricht hier von einem Provisorium von vier bis fünf Jahren. Man hat im letzten Gemeinderat die Containerlösung für die Schulräume bewilligt. Das ist ein langes Provisorium. Das geht der SP zu lange. Wenn es kürzer wäre, wäre es etwas anderes. Sie möchte, dass jetzt mit den gegebenen Räumlichkeiten gestartet wird. Dann kann man in die Planung aufnehmen, dass es in vier bis fünf Jahren ein anderer Standort sein wird. Das wäre der Kompromissvorschlag. Sie macht beliebt, gemäss Vorlage vorzugehen, aber möglichst rasch den Entscheid betreffend Freigabe der Hauswartwohnung zu fällen und zu prüfen, ob der Alternativstandort in der Hauswartwohnung doch möglich wäre.

2.9 Hubert Bläsi macht darauf aufmerksam, dass in der Beilage 4 die Maximalvariante aufgeführt ist. Wenn das Angebot weniger genutzt wird, dann kostet es weniger, es gibt aber auch entsprechend weniger Elternbeiträge. Gerade bei den Lebensmitteln und den Löhnen wirkt sich das natürlich aus. Wenn es mehr Kinder hat, muss man auch mehr Betreuungspersonen anstellen. Es trifft zu, dass es noch lange geht. Das Kastels ist das Schulhaus, das die grösste Ausbauvariante nach sich zieht. Man möchte die alte Turnhalle umnutzen und versuchen, eine neue Turnhalle zu erstellen. Dazu braucht es einen Wettbewerb, Planung und Zeit. Die Arbeiten dazu sind bereits angelaufen, die Baudirektion ist mit im Boot, damit man möglichst rasch vorwärts kommt. „Rasch“ dauert aber immer noch recht lange, deshalb auch die Containerlösung.

Hubert Bläsi würde es sehr schätzen, wenn man aufgrund der positiven Haltung zu den Tagesstrukturen, die man hier im Rat und auch ausserhalb zur Kenntnis nehmen konnte, einen Prüfungsauftrag erteilen und je nach Bericht bzw. Entscheid starten könnte, damit die Verzögerung nicht allzu lange ausfällt.

- 2.10 François Scheidegger ist auch der Ansicht, dass man jetzt gemäss Antrag fahren, aber den Auftrag erteilt sollte, die Prüfungen vorzunehmen. Man gewinnt so ein wenig Zeit. Man kann, soweit dies möglich ist, auch noch den Anliegen der Lehrerschaft Rechnung tragen. Aber mit einem Nicht-Eintreten oder einer Rückweisung des Geschäfts bekundet er schon etwas Mühe. Dann ist der Gemeinderat nicht mehr glaubwürdig. Er erinnert daran, dass man gewisse Entscheide schon gefällt hat. Das Geschäft wurde auch schon vorgespurt. Er macht beliebt, so wie beantragt zu fahren und dann die Prüfungen im Sinne der Ausführungen, wie sie hier gemacht wurden, vorzunehmen. Vielleicht sollte man, so wie es Nicole Hirt vorgeschlagen hat, einmal mit einem Mittagstisch starten. Das ist für ihn wirklich dringend, ein absolutes Minimum und danach schauen, was möglich ist.

Eintreten wird beschlossen.

- 2.11 Nicole Hirt hält am Rückweisungsantrag fest. Es kann nicht sein, dass Elternwünsche vor dem Regelunterricht kommen. Die Tagesstrukturen sind ein Angebot der Stadt, das massgeblich von den Steuerzahlern finanziert wird. Es kann nicht sein, dass diese prioritär gegenüber den Lehrern behandelt werden, die täglich mit ihren Schülern arbeiten müssen und einen Auftrag haben. Sie möchte, dass eine vertiefte Analyse darüber vorgenommen wird, welche Möglichkeiten es gibt, aber nicht so, wie es jetzt geplant ist. Das ist ein Schnellschuss, der letztlich niemandem etwas bringt. Deshalb soll das Geschäft zurückgewiesen und nochmals in Ruhe angeschaut werden, was möglich ist. Der Mittagstisch soll trotzdem gestartet werden. Dies im Sinne der Lehrpersonen, die dort täglich arbeiten. Sie fordert die GR-Mitglieder auf, einmal ins Kastels zu gehen und sich anzuschauen, wie das in den Klassen so abläuft. Diese brauchen Gruppenräume. Es ist nicht mehr wie vor 40 Jahren, als man noch selbst in Schule ging und alles ruhig war. Mit der Integration ist man angewiesen auf Gruppenräume. Es geht heutzutage gar nicht mehr anders. Die Türen im Kastels sind so dünn wie Karton. Man hört sofort, wenn jemand im Flur Lärm verursacht. Gruppenräume im Flur einzurichten, ist für sie auch keine Lösung.

- 2.11.1 Gemäss François Scheidegger ist die Idee, dass man die Analyse ohnehin macht. Er weist den Gemeinderat auf seine Zuständigkeiten hin. In diesem Gremium wird sicher nicht über Türen und Wände diskutiert.

- 2.11.2 Wie Angela Kummer ausführt, fordert die SP ebenfalls eine Überprüfung. Heute geht es aber um den Grundsatz, ob die Tagesstrukturen für das nächste Schuljahr kommen sollen oder nicht und nicht darum, die verschiedenen Anliegen gegeneinander auszuspielen. Von ihr aus können Baudirektion und Schulverwaltung dem Gemeinderat auch noch eine Vorlage präsentieren, wie man Gruppenarbeitsräume schneller realisieren könnte. Die SP fordert jetzt schon seit Jahren Tagesstrukturen. Die Stadt macht sogar Werbung damit, dass man eigentlich überall Tagesstrukturen hat und dann stimmt es gar nicht. Das kann man einfach nicht machen. Also nochmals: Die SP ist für die Tagesstrukturen mit dem Auftrag der Prüfung der Hauswartwohnung und bzw. der Prüfung, ob man die Wohnung überhaupt freigibt.

- 2.11.3 Gemeinderat Reto Gasser fragt sich schon, was man sich vergibt, wenn man bis nach den Herbstferien 2018 wartet, bis man über klare Entscheidungsgrundlagen verfügt.

Es liegen sieben Wochen dazwischen. Jetzt wird etwas über das Knie gebrochen. Ohne dass es fundiert ist, muss es durchgestiert werden. Er ist nicht damit einverstanden und schliesst sich dem Rückweisungsantrag von Nicole Hirt an. Es geht nicht darum, eine 2. Lesung durchzuführen. Jetzt vernimmt man, dass betreffend Hauswartwohnung noch abgeklärt werden muss, ob sie überhaupt freigegeben wird oder nicht. Damit schafft man wieder Fakten, die aufeinander abgestimmt werden müssen. Man hat schon lange gewartet. Jetzt spielen die sieben Wochen zwischen Sommer- und Herbstferien 2018 auch keine Rolle mehr. Es spricht nichts dagegen, erst nach den Herbstferien 2018 zu starten.

- 2.11.4 Angela Kummer ist sich bewusst, dass der Zeitpunkt wahrscheinlich nach den Herbstferien 2018 sein wird. Man kann nicht im August 2018 starten. Das ist für die SP nicht so zentral. Ihr ist wichtig, dass die Prüfung wirklich gut durchgeführt wird. Es ist aber eine Tatsache, dass die Tagesstrukturen von allen Seiten gefordert werden. Wenn man das Geschäft zurückweist, verliert man wieder wertvolle Zeit. So könnte die Prüfung parallel laufen und man könnte bereits mit den Arbeiten anfangen.
- 2.11.5 Wenn der Gemeinderat, so François Scheidegger, das Geschäft zurückweist, dann sagt er damit, dass es vorläufig keine Tagesstrukturen gibt. Das ist wieder ein schlechtes Signal.
- 2.11.6 Gemeinderat Alexander Kaufmann findet auch, dass damit ein schlechtes Signal ausgesendet wird. Man diskutiert schon seit längerer Zeit darüber. Für das Schulhaus Kastels wäre es schön, wenn es Tagesstrukturen hätte, auch wenn es zu Beginn nur ein Mittagstisch wäre. Er versteht die Angst nicht, die gewisse GR-Mitglieder offenbar vor Tagesstrukturen haben. Die Argumente von Nicole Hirt leuchten ihm nicht ein. Man sollte jetzt ja sagen und die Zeit parallel nutzen, um die Planung vorwärts zu treiben. Man prüft die Hauswartwohnung, spricht nochmals mit der Lehrerschaft und schaut, dass man das Ganze optimieren kann. Sonst wird es wieder unnötig verzögert. Das, was in der Vorlage dazu steht, ist für ihn auch nicht genügend. Das kann man besser abklären. Er ist 100-prozentig überzeugt, dass es dort eine Möglichkeit gäbe.
- 2.11.7 Gemeinderat Ivo von Büren findet, dass es eine Zwängerei ist. Es soll etwas durchgezwingt werden, das nicht fertig ist. Was vergibt man sich, wenn man es zurückweist? In seinen Augen will man es jetzt auf Biegen und Brechen durchstieren und das ist nicht seriös. Hier kann er nicht dahinter stehen.
- 2.11.8 Nicole Hirt ist nicht gegen Tagesstrukturen. Das hat sie heute mehrmals betont. Dazu steht sie auch. Sie sieht, dass es ein Bedürfnis ist, aber nicht so, wie es die Vorlage daherkommt. Deshalb ist sie dafür, dass man das Geschäft zurückweist. Das ist der einzige Grund, damit man nochmals seriös abklären kann, was möglich und machbar ist, und dann mit einer neuen Vorlage kommen kann. Sie sieht nicht ein, warum der Gemeinderat hier ein Problem hätte und dadurch unglaublich würde. Das ist schlichtweg nicht wahr.
- 2.11.9 Gemeinderat Peter Brotschi kann sich den Vorrednern anschliessen. Er weiss jetzt gar nicht recht, was er abstimmen soll. Jetzt wird abgeklärt und dann gibt es vielleicht ein Providurium. Er möchte eine wasserdichte Vorlage. Der Gemeinderat ist grundsätzlich für die Einrichtung von Tagesstrukturen im Kastels, aber man will wissen, wo sie angesiedelt werden.
- 2.11.10 François Scheidegger entgegnet, dass der Gemeinderat nicht für das Operative zuständig ist. Hier wird nicht über Wände etc. diskutiert.

- 2.11.11 Gemeinderat Robert Gerber ist entschiedener Gegner, dass es Schulhäuser gibt, in denen kein Hauswart mehr wohnt. Man schafft damit Niemandsländer. Er weiss aus seiner 20-jährigen beruflichen Erfahrung, dass das nicht gut kommt. Dann wird man wieder über Vandalen klagen und die Polizei wird wie beim Abfallproblem zum Rechten schauen müssen. Dabei hätte man die Möglichkeit, dort einen Hauswart zu haben. Man muss halt eine Person suchen, die dort wohnen will, und nicht den Erstbesten oder sogar ein Putzinstitut nehmen. Der Gemeinderat sollte heute in der Lage sein, den Grundsatzentscheid zu fällen, ob er die Tagesstrukturen will oder nicht. Robert Gerber findet, dass ein Rückweisungsantrag ein schlechtes Signal ist. Der Gemeinderat soll heute Farbe bekennen. Dann gibt es eine Überprüfung. Jetzt kann man noch darüber reden, ob man mit den Resultaten der Überprüfung nochmals in den Gemeinderat kommen muss oder ob darüber in der GRK oder sonstwo beraten werden kann. Wenn man das Geschäft zurückweist, hat man wirklich keinen Entscheid. Dann weiss man nicht, wo man weiterfahren soll.
- 2.11.12 François Scheidegger macht beliebt, dass man den Rückweisungsantrag zugunsten des Antrags auf 2. Lesung zurücknimmt. Wenn nicht, bittet er, nochmals klar zu formulieren, mit welchem Auftrag die Rückweisung verbunden wird.
- 2.11.13 Nicole Hirt präzisiert, dass die Vorlage zurückgewiesen werden soll mit der Auflage, dass man nochmals überprüft, was im Kastels möglich ist (d.h. nachdem man das mit der Hauswartwohnung abgeklärt und die Bedürfnisse der Lehrpersonen auch einbezogen hat). Wenn man dies sauber aufgegleist hat und alle zufrieden sind, kann man mit kleinen Schritten einen Mittagstisch schaffen (beispielsweise im Kindergarten, den man aufheben will). Das ist das, was sie anstrebt. Danach soll im Rahmen der Schulraumplanung das Angebot Jahr für Jahr ausgebaut werden.

Der Rückweisungsantrag wird mit 8 : 7 Stimmen gutgeheissen.

Es ergeht folgender

3 Beschluss

- 3.1 Das Geschäft wird zur Überarbeitung im Sinne der Erwägungen an die Schulen Grenchen zurückgewiesen.

Vollzug: SV

GLSG
SL Kastels (R. Bieri)
SV
BD
PA
FV

2.9.5 / acs

Genehmigung der Schulleitungspensen inklusive Erhöhung für das Schuljahr 2018/2019

Vorlage: GLSG/06.03.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gemäss Gesamtschulleiter Hubert Bläsi wird ein Geschäft in die Beratung gezogen, das schon einen langen Weg hinter sich hat und mit etlichen Diskussionsrunden hinterlegt ist. Im Normalfall müssten die Schulleitungspensen für das kommende Schuljahr -mit einer quasi Standard-Vorlage - ja bereits abgesegnet sein. Wie der Gemeinderat weiss, haben sich die Pensen von Schuljahr zu Schuljahr jeweils verändert. Das Aushandeln wie auch eine gewisse Unsicherheit betreffend die eigenen Stellenprozente bei den SL stellt die Betroffenen jeweils vor eine unangenehme Situation. Die Verzögerung für die Beratung im Gemeinderat hat sich ergeben, weil mit der Vorlage gleichzeitig eine dringend benötigte Pensenerhöhung beantragt wird. Für die Schulleitenden ist es gegenwärtig erwiesenermassen sehr schwierig, ihre Aufgaben befriedigend erfüllen zu können. Die Aufgabendichte, die Umsetzung der anstehenden Meilensteine wie auch der Aufbau von Erfahrungswerten führten zu markanten Überforderungserscheinungen. Zudem hat sich die Situation insofern zusätzlich verschärft, weil der erfahrene SL im Eichholz seine Stelle gekündigt hat und sich einer neuen Herausforderung stellen will. Eine erhärtete Tatsache ist es, dass der für das Berechnen der Pensen ins Gewicht fallende Faktor je Schülerinnen und Schüler (SuS) in Grenchen bis anhin massiv unter dem von den massgeblichen Stellen definierten Wert liegt. In Anbetracht der schwierigen Finanzlage ist allen klar, dass man behutsam mit Forderungen umgehen muss. Es darf aber gleichzeitig auch nicht sein, dass erhärtete Fakten nicht mehr berücksichtigt werden und damit eine Gesamtstruktur gefährdet wird. Wenn man eine gute Schule will, die ihre Aufgaben zufriedenstellend erfüllt und auch eine positive Ausstrahlung hat, dann muss man zu einer vernünftigen Ressourcierung auch ja sagen. Würde man nämlich mit dem im Raum stehenden Durchschnittswert von 0.34% je SuS rechnen, käme man auf eine Stellenprozentzahl von 532 und das notabene ohne die gängigen Sockelbeiträge für die Ressort-, Geschäftsleitung und Schulkreisleitung, was noch einmal 130% ausmachen würde. Total würde man so von 660% reden. Zur Erinnerung: In der Vorlage werden als Kompromissvorschlag 400% postuliert. Ein Umstand der hier auch einmal erwähnt werden darf, ist die Beteiligung vom Kanton an den Kosten der Schulleitungen. In der Schülerpauschale wird je Kind ein Beitrag definiert. In der Summe kommt man unter Berücksichtigung des Prozentsatzes, der für Grenchen im NFA definiert ist, auf rund CHF 364'500.00. Nebst der Ausgangslage möchte Hubert Bläsi noch ein paar Begründungen liefern. Diese können logischerweise nicht abschliessend sein und eine Auswahl ist ebenfalls unter Punkt 2.2. der Vorlage ersichtlich.

Nebst der komplexeren Personalführung, der erweiterten Gestaltung des Schullebens, den steigenden Schülerzahlen, der verstärkten Zusammenarbeit mit Eltern und externen Fachstellen, der intensivierten Schulentwicklung (Qualitätsmanagement gemäss kantonalen Vorgaben), der Neuorganisation der Speziellen Förderung, den vermehrten internen Weiterbildungen, der vielschichtigen Schulraumplanung und Umsetzung, dem obligatorischen Kindergarten, den anspruchsvollen Organisationsinhalte (Stundenplanung, Rekrutierung Lehrpersonen, Ausstellung von Verträgen), der Ausweitung von Frühfremdsprachen, ... (nebst all dem) sind Spezialprojekte wie auch Sonderereignisse, wie sie sich täglich abspielen, nicht einmal berücksichtigt. Man hat ausserdem in Ordnern geforscht und Zahlen eruiert. Diese belegen die Zunahme in den erfassten Gebieten. Auf grosse graphische Darstellungen habe er verzichtet. Er geht davon aus, dass die aufgezählten Inhalte eindrücklich genug sind. In der Vorlage wird ersichtlich, dass für das Schuljahr 2018/19 ein Kompromissvorschlag definiert ist. Um eine zusätzliche Optimierung erzielen zu können, ist er mit einer Idee versehen, die seines Erachtens Sinn macht. Es soll flexibel möglich sein, mit Stellenprozenten in einem gewissen Rahmen Assistenzleistungen zu definieren. So könnten administrative Arbeiten mit dem Faktor 1,7 abgedeckt werden. Dieses Modell hat man auf Gesuchsbasis in einem Schulkreis bereits getestet und gute Erfahrungen gemacht.

Es ist ihm bewusst, dass es sich schwierig gestaltet, in kurzen Worten die Dringlichkeit vom Anliegen zu transportieren. Er hat versucht faktenorientiert zu argumentieren. Es wäre selbstverständlich auch möglich gewesen, Situationen von Schulleitenden auf der emotionalen Ebene zu schildern. Dazu so viel: Alle sind bestrebt ihr Bestes zu geben und man leidet unter massivem Druck. Sollte der Eindruck bestehen, dass, wenn man sich effizienter organisieren würde, die Ressourcen dann schon ausreichend wären, dann müsste er das verneinen. Vielleicht könnte man es bildlich so beschreiben: Man probiert momentan die Schuhe zu binden und hat nur eine Hand zur Verfügung. Ein Selbstversuch wird den GR-Mitgliedern die Schwierigkeiten aufzeigen und den Unterstützungsbedarf klären. Beim Antrag kann man keinen Selbstversuch anbieten. Hier ist man auf das Vertrauen und das Entgegenkommen angewiesen. Und abrundend vielleicht noch diese Information: Schulverantwortlichen, Beratern und Gemeindepräsidenten hat er die Frage nach der Ressourcierung in den Schulen gestellt und mit dem Angebot in Grenchen verglichen. Unisono wurde die Meinung, dass die erwartete Leistung mit der Dotierung, wie sie in Grenchen vorhanden ist, nicht erbracht werden könne.

2 Eintreten

- 2.1 Laut Vize-Stadtpräsident Remo Bill definiert das Berechnungsmodell der Geschäftsleitung die Stellenprozente für die Schulleitenden der Stadt Grenchen. Dem Gemeinderat wird das daraus resultierende Resultat jedes Jahr zur Genehmigung vorgelegt. Um den Anforderungen und den Aufgaben der Schulleitenden gerecht zu werden, wird vom Gesamtschulleiter eine Anpassung der Pensen um 50 Prozent beantragt. Das bedeutet, dass jeder Schulleitende für das Schuljahr 2018/19 ein Pensum von 100 Prozent hat. In den Grenchner Schulen herrscht zurzeit eine gewisse Unruhe. Das hat sicher auch mit den verschiedenen zum Teil wichtigen Personalabgängen und dem damit verbundenen verlorenen Fachwissen zu tun.

Damit der Druck bei den Schulleitenden reduziert werden kann, unterstützt die SP-Fraktion den Antrag auf Pensenerhöhung mit folgenden Auflagen:

1. Es werden keine Überstunden mehr akzeptiert.
2. Bei Neuanstellungen von Schulleitenden sollte die Ausbildung als Schulleiter/-in zwingend sein.
3. Wer die Schulausbildung nicht hat, verpflichtet sich, diese innert zwei Jahren nachzuholen.

Zudem stellt Remo Bill fest, dass künftig nur noch eine Schulleitung der gesamten Geschäftsleitung über eine notwendige Schulleitungsausbildung verfügt. Er bittet den Gesamtschulleiter, sich dieses Themas anzunehmen.

2.2 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Ivo von Büren, kann dem nicht zustimmen. Das geht für sie nicht auf. Vor einem oder eineinhalb Jahren wurde der Gesamtschulleiter mit einem 100%-Pensum eingesetzt, um die ganze Sache zu stützen. Das Motto war „Eine Schule - ein Chef“. Jetzt hat er ein Jahr positiv gearbeitet, macht einen guten Job und nun kommt man mit der Erhöhung der Schulleitungspensen. Das sind höchstbezahlte Kaderstellen. Die Schulleiter haben nicht so viele Überstunden, zum Teil sogar wenige. Derjenige Schulleiter, der gekündigt hat, hat gar keine Überstunden. Ihm ist auch bekannt, dass einer der Schulleiter überhaupt keine Probleme mit seinem Pensum hat und sagt, dass es zu machen sei. Man soll Ivo von Büren berichtigen, wenn es nicht stimmt. Soviel er weiss, sind es einfach neue Schulleiter, die Probleme haben, ihren Job umzusetzen. Das sind Kaderstellen. Wenn man einer Kaderstelle nicht gewachsen ist, dann muss man gehen und einen anderen Job suchen. Mit der Pensenerhöhung ist das Problem nicht gelöst. Vermutlich können sie es dann immer noch nicht - er weiss es nicht genau. Er geht noch einen Schritt weiter: Seiner Ansicht ist das Modell, das Grenchen hat, ein Zwitter. Er ist sicher nicht der Schulspezialist, aber er weiss, dass das Modell Solothurn gut funktioniert. Er konnte auch nie verstehen, warum man die Rekrutierung und Anstellung von Lehrpersonen den Schulleitern übertragen hat. Damit bekundet er Mühe. Er ist der Ansicht, dass dies insgesamt sehr viele Ressourcen verschlingt. Seines Erachtens sollte man das Modell Schulleitungen nochmals überprüfen und anpassen. Vielleicht wäre damit auch das Problem gelöst.

2.3 Gemeinderat Reto Gasser erklärt, dass die FDP-Fraktion hinter der Vorlage steht, für Eintreten ist und sämtliche Anträge vollumfänglich unterstützen wird. Gute Schulen sind wichtig. Das geht aber nur, wenn man die Rahmenbedingungen entsprechend schafft. Die Pensen stimmen offenbar mit den tatsächlichen Begebenheiten nicht mehr überein. Eine Stadt wie Grenchen kann es sich nicht erlauben, Schulleiter zu beschäftigen, die ständig auf dem letzten Zacken fahren müssen. Die Folgen davon können gravierend sein. Das führt zu Fluktuation und Ausstiege sind mittelfristig absehbar. Das wirkt sich auf den ganzen Lehrkörper aus. Dadurch ist die Kontinuität auch nicht mehr gewährleistet. Es fehlen die wichtigen Bezugspersonen. Mittel- bis langfristig ist es auch günstiger, gute Rahmenbedingungen zu haben und angemessene Pensen zu gewähren. Wenn man das nicht macht, dann wissen alle, was passiert. Das Burnoutsyndrom ist heutzutage ein allgemein bekanntes Syndrom. Die Krankheitsfälle und damit die Krankversicherungskosten steigen an. Das kommt die Stadt teuer zu stehen. Wenn die Pensen knapp bemessen sind, führt dies zu Überstunden, ja sogar Überzeit. Auch die müssen einmal entschädigt werden. Zusätzlich kommen noch Zuschläge hinzu, die auch teuer kommen.

Wenn die SVP sagt, dass das Modell einfach nicht mehr passe, mag das vielleicht sein, aber man kann jetzt nicht zuwarten und zuerst ein neues Modell erfinden. Da wartet man wohl fünf bis zehn Jahren, bis so ein Modell steht, und die Qualität der Schulen leidet darunter. In diesem Sinne muss jetzt gehandelt werden. Die Argumentation, dass die Schulleiter Kaderangestellte sind und extrem gut verdienen, mag ja zum Teil stimmen. Sie verdienen sicher nicht schlecht - in diesem Punkt kann er seinem Vorredner schon zustimmen - aber man kann nicht einfach argumentieren, dass, nur weil sie gut verdienen, sie bis zum letzten Anschlag arbeiten und sich übermässig strapazieren müssen. Hier muss man vernünftig bleiben. Deshalb kommt man im Moment wohl nicht darum herum, die Pensen zu erhöhen. Klar generiert die Massnahmen jährliche Mehrkosten von CHF 87'500.00. Aber verglichen mit dem Gesamtbudget der Schulen ist es ein kleiner Teil. Vielleicht kann Hubert Bläsi dann noch etwas zur Relation dieses Betrags zu den Gesamtkosten sagen.

- 2.4 In der CVP-Fraktion, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, hat die Erhöhung der Schulleiterpensen für sehr heisse Diskussionen gesorgt. Bei der Wahl des Gesamtschulleiters ist man davon ausgegangen, dass das Gremium der Schulleiter entlastet wird, was aber laut Vorlage nicht so ist und sie mit Erstaunen zur Kenntnis genommen hat. Einhellig ist sie der Meinung, dass sie der geforderten Aufstockung der Schulleiterpensen um 50%, ohne dass eine klare Aufgabenanalyse durchgeführt wurde, nicht zustimmen kann. Ausserdem steht man in Zeiten klammer Finanzen und Sparprogrammen, bei welchen alle den Gürtel enger schnallen müssen. Dabei stehen die jährlichen Mehrkosten von fast CHF 90'000.00 etwas gar quer in der Landschaft. Solange keine Aufgabenanalyse der Schulleitungen durchgeführt wurde, ist die CVP für den Status Quo der Schulleiterpensen. Selbstverständlich sieht auch sie die ständig ansteigende Forderung und wachsenden Aufgabenfelder, die an die Grenchner Schulleiter gestellt werden. Die meisten dieser Aufgaben stammen jedoch vom Kanton, diese werden der Stadt einfach vorgeschrieben und führen zu einer grossen Belastung, welche man alleine zu tragen hat. Daher würde sie es sehr begrüssen, wenn man umgehend beim Kanton vorstellig wird und Klartext spricht, dass die Belastungsgrenze erreicht ist!
- 2.5 Gemäss Gemeinderätin Nicole Hirt ist die Genehmigung der Schulleitungspensen eigentlich eine Formsache. Aber bei dieser Vorlage ist das natürlich nicht der Fall, weil im gleichen Atemzug die Pensen der Schulleitungen um 50 Stellenprozente erhöht werden sollen. Als im 2006 die geleiteten Schulen Tatsache wurden, hat es sie persönlich sehr gefreut, dass jeweils ein Schulleiter im Schulhaus anwesend ist. Man konnte darauf zählen, dass man ihn in schwierigen Situationen schnell und unkompliziert zu Rate ziehen konnte. Die Frage, warum die Erhöhung jetzt stattfinden soll, ist sicher legitim. Muss sich ein Schulleiter nicht in erster Linie um den Lehrkörper kümmern, Stundenpläne erarbeiten, Stellvertretungen organisieren und Mitarbeitergespräche führen? Was ist als Arbeitsvolumen dazu gekommen, was die Erhöhung rechtfertigt? Der Verdacht liegt nahe, dass die Anforderungen vom Seiten Kanton immer grösser und umfangreicher werden und sich die Grenchner Schulleiter mit Bürokratie herumschlagen müssen. In der Bildung wurden nämlich in Solothurn neue Stellen geschaffen - das weiss sie aus verlässlicher Quelle - und die müssen jetzt bewirtschaftet werden. Sie findet, dass die Zeit gekommen ist, wo sich die Stadt Grenchen als grösste Schulträgerin des Kantons einmal gegen die Direktiven des Kantons wehren sollte. Der Gesamtschulleiter hat gute Beziehungen ins Rathaus. Sie würde ihm empfehlen, dort einmal auf den Tisch zu klopfen.

Es kann doch nicht sein, dass der Stadt immer mehr aufgebürdet wird und sie es dann auch noch selbst bezahlen muss. Grenchen muss sich dagegen wehren. Es ist für sie absolut unverständlich, warum der Antrag jetzt gerade kommt. Sowohl der Schulleiter Eichholz und als auch die Assistentin Schulleitungen haben gekündigt und Maya Karlen, Leiterin Schulverwaltung, wird Ende September 2018 pensioniert. Wenn sie richtig informiert ist, hat der erwähnte Schulleiter sieben Stellenprozente an seine Assistentin abgegeben. Jetzt fragt sie sich schon, wie überlastet der Mann war, wenn er sieben Stellenprozente an seine Assistentin abgeben kann. Im Anbetracht der Umstände stellt sie den Antrag, dass die Situation der Schulleitungen und der Schulverwaltung als Ganzes betrachtet wird und neu „gemischt“ werden soll. Jetzt wäre der geeignete Zeitpunkt dafür und die Gründe hat sie soeben aufgezählt.

- 2.5.1 Für Stadtpräsident François Scheidegger ist der Antrag nicht ganz verständlich.
- 2.5.2 Nicole Hirt stellt den Antrag, dass man die Schulverwaltung und Schulleitungen als Gesamtpaket neu „mischen“ soll - nicht so, wie es jetzt im Antrag daherkommt - weil verschiedene Abgänge zu verzeichnen sind, die Pensionierung der Leiterin Schulverwaltung bevorsteht und die Schulverwaltung überprüft wird. Das kann man gesamtheitlich anschauen, neu aufgleisen und dann mit einer überarbeiteten Vorlage kommen. Sie ist für Rückweisung des Geschäfts.
- 2.5.3 Für François Scheidegger ist das etwas Sachfremdes. Diesbezüglich müsste Nicole Hirt einen entsprechenden Vorstoss einreichen. Vorliegend spricht man von den Pensen und von nichts anderem.
- 2.5.4 Es geht hier, so Nicole Hirt, um eine Pensenerhöhung und damit ist sie nicht einverstanden.
- 2.6 Hubert Bläsi nimmt zu den verschiedenen Fragen wie folgt Stellung:
- Es besteht die Direktive, dass die Schulleitungen möglichst wenige Überstunden generieren sollen. Man muss sich aber der Problematik bewusst sein, dass die meisten kein 100%-Pensum haben, sondern zwischen 80% und 90%, so dass man nicht mit Überstunden operieren kann. Die Stelleninhaber mussten aus einem gewissen Grund ein vermindertes Pensum in Kraft nehmen, dann können nicht Überstunden à-fonds-perdu geleistet werden. Es wurde gesagt, dass ein Schulleiter keine Probleme habe. Es ist aber nicht richtig, dass es bei ihm ganz ohne Probleme geht, er kommt aber damit zuwege und macht einen sehr guten Job. Er ist aber auch der einzige, der ein 100%-Pensum hat! Das ist der grosse Unterschied zu allen anderen im Team.
 - Zum Funktionieren des Modells Solothurn gibt Hubert Bläsi keinen Kommentar ab.
 - Selbstverständlich erteilt der Kanton Aufgaben. Wenn man als Stadt Grenchen bei der Externen Schulevaluation wieder gut dastehen will, muss man entsprechend die Inhalte füllen und versuchen, sie in guter Qualität abzuarbeiten.
 - Es wurde die Führungsspanne angesprochen. In welchem Betrieb gibt bei 40 bis 50 zu führenden Leuten plus 400 Kindern mit je einem oder zwei Elternteilen keine 100%-Führungsstelle? Er hat bis jetzt noch keinen gefunden.
 - Das Budget mit den jährlichen Mehrkosten von fast CHF 90'000.00 wurde erwähnt. Er hat ebenfalls gestaunt, als er diese Zahl sah, aber mit allen Zuschlägen ist das wohl so. Man muss sie aber in Relation zu den Gesamtkosten von 20.4 Mio. Franken setzen (das sind 0.47%).

- Es wurde über die Pensen diskutiert, auch über dasjenige des Gesamtschulleiters. Er hat ein gutes Gefühl und ein ruhiges Gewissen. Es geht viel in den Schulen Grenchen und es muss viel geleistet werden.
Wenn man die Ressorts anschaut, die verteilt sind, kann man sich denken, dass hier noch Zusatzaufwand besteht. Es ist wichtig, dass eine Schule gut vertreten ist. Sie kann nur funktionieren, wenn sie ihre Organisation in sich stimmig und stabil ist und darum geht es heute.
- Es wurde die Analyse der Schulleitungen ins Spiel gebracht. Das wird seitens Schulleitungen sehr gewünscht, weil sie das Gefühl haben, dass sie sehr gut weg kämen, wenn sie einmal neutral überprüft würden, ihre Aufträge durchleuchtet würden und die Machbarkeit in Relation zum Prozentsatz, den sie als Arbeitspensum haben, gezogen würde. Die Faktoren, die in Grenchen berechnet wurden, beziehen sich auf vor 2009. Der Antrag bezieht sich auf 2009, d.h. neu 0.20% anstatt 0.14%. Der Meridian im Kanton Solothurn beträgt 0.34%. Es wäre eigentlich legitim, die Mitte zu beantragen. Man ist aber am untersten möglichen Rand geblieben.
- Die Aussage, dass die Fluktuation hoch ist, unterschreibt er. Man hat etliche Mitarbeitende aus verschiedensten Gründen verloren.
- Es wird gefordert, dass er beim Kanton vorstellig werden soll. Er war vor einiger Zeit in einer Klausur. In der Gruppe „Bildung“, der er zugeteilt war, wurde Verschiedenes diskutiert. Sein Satz war dort: „Zurück zur Einfachheit“. Zu dem steht er auch heute noch. Es ist aber nicht so leicht, dies umzusetzen. Man kann nicht einfach mit der Hand schnippen. Alle hier im Rat kennen die politischen Prozesse. Aber im Grundsatz müsste das der Weg sein, den man gehen sollte.
- Er hat keine persönliche Assistentin. Die Assistentin Schulleitungen steht zu 12% für die Geschäftsleitung zur Verfügung steht. Diese hat nun leider gekündigt. Sie hat sehr gute Arbeit geleistet. Sie war zu 10% in jeden Schulkreis tätig und ging jeweils von einem Ort zum anderen. Er hat sie immer gesehen, wenn sie in der Schulverwaltung war.
- Dass der Schulleiter Eichholz 7% für administrative Arbeiten zur Verfügung gestellt hat, rührte daher, dass er eine umfangreiche Weiterbildung absolviert hat und deshalb eine Entlastung brauchte, um über die Runde zu kommen.
- Man ist tatsächlich dabei, die Schulverwaltung neu zu konstellieren und steht unter starkem Zeitdruck. Aber für die Schaffung einer neuen Stelle bzw. von neuen Stellen ist ohnehin der Gemeinderat zuständig. In einer entsprechenden Vorlage wird transparent aufgezeigt werden, was vorgesehen ist, und der Gemeinderat wird seine Meinung dazu abgeben können.

2.7 François Scheidegger appelliert nochmals an den Gemeinderat, dem zuzustimmen, für die Schulen und die Jugend von Grenchen. Die Stellenprozente braucht es wirklich. Die Assistentin Schulleitungen, die gekündigt hat, hat Aufgaben von den Schulleitungen übernommen. Inzwischen ist man in der Geschäftsleitung auch zur Einsicht gekommen, dass dies nicht so eine gute Idee war. Man konnte sich zwar so entlasten, aber jetzt, wo die Frau geht, hat man ein Problem. Man hat so auch ein gewisses Know-how ausgelagert. Das war ein Fehler. Diesen Fehler will man nicht wiederholen. Auch aus diesem Grund braucht es die zusätzlichen Stellenprozente.

Eintreten wird einstimmig beschlossen.

2.8 Nicole Hirt begründet nochmals ihren Rückweisungsantrag: Im Zusammenhang mit den Kündigungen und der laufenden bzw. abgeschlossenen Überprüfung der Schulverwaltung beantragt sie, dass die Gesamtsituation neu anschaut und neu aufgegleist wird (inkl. die Prozente der Schulleitungen).

2.8.1 François Scheidegger betont, dass man die zusätzlichen Stellenprozente jetzt dringendst benötigt und man sich eine Rückweisung nicht leisten kann. Der Gemeinderat soll sich dies bitte gut überlegen. Er ist dann auch verantwortlich.

Der Antrag auf Rückweisung wird mit 8 : 7 Stimmen abgelehnt.

3 Detailberatung

3.1 Gemeinderat Peter Brotschi ist schon lange in der kantonalen Politik. Man muss dort im Kanton ein politisches Gegengewicht geben. Es geht nicht nur um den Kantonsrat. Es muss von den Gemeinden ausgehen. Er weiss von Gemeinden, die beim Kanton vorstellig wurden und vorgebracht haben, dass es mit den Anforderungen, die an die Schulleitungen gestellt werden, so nicht mehr weitergehen darf. Das muss jetzt passieren. Wo ist eigentlich der Kantonale Schulleiterverband? Existiert er gegenüber dem Kanton? Er hat nicht diesen Eindruck. Eine intensivierete Schulentwicklung braucht es nicht in diesem Rhythmus (s. Ziff. 2.2 der Vorlage) - das sagt er als abtretender Lehrer. Für die Neuorganisation Spezielle Förderung wurde ein Nachtragskredit für eine Unterstützung gesprochen. Vermehrte interne Weiterbildung ist nicht nötig.

3.2 Gemeinderat Robert Gerber hat eine allgemeine Bemerkung: Er ist politischer Neuling. Ähnlich wie bei der Glassammlung stellt er auch hier fest, dass sich seit dem letzten August in diesem Gremium eigentlich nur noch Kantonsrätinnen und -räte zu Wort melden, manchmal noch ein Anwalt - er selbst hat es auch schon getan. Immer wird gesagt, was man alles noch mit dem Kanton „müsse“. Seines Erachtens muss dies der Kantonsrat in die Finger nehmen. Manchmal kommt er nicht darum herum, zu glauben, dass die Kantonsrätinnen und Kantonsräte von der Regierung in Solothurn „auf den Sack bekommen“ und dann hierher kommen, um es am Gemeinderat auszulassen. Sie sollen in Solothurn auf den Tisch klopfen. Auf der anderen Seite, wird dann, wenn irgendein Regierungsrat nach Grenchen kommt, wieder der Bückling gemacht. Sie sollen sich dort einsetzen und nicht hier rächen.

3.3 Peter Brotschi weist das Votum von Robert Gerber zurück.

In der Schlussabstimmung ergeht mit 8 : 7 Stimmen folgender

4 Beschluss

4.1 Die Schulleitungspensen werden ab Schuljahr 2018/2019 um 50% auf 400 Stellenprozente erhöht.

4.2 Den Schulleitungen wird ermöglicht, maximal 15% ihres Pensums in Assistenzstunden zu investieren.

4.3 Die jährlichen Mehrkosten von CHF 87'500.00 werden bewilligt und jeweils ins Budget aufgenommen (Konto 2190.3010.00)

4.4 Für 2018 wird ein Nachtragskredit von CHF 36'500.00 genehmigt (Konto 2190.3010.00).

Vollzug: GLSG, PA

PA
GLSG

2.0.8 / acs

Abschreibung von Vorstössen im Zusammenhang mit Verwaltungsbericht 2017

Vorlage: KZL/23.04.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Kanzleichefin, verweist auf die Vorlage.

2 **GRB 2312/17.11.2009 (P 239): Überparteiliches Postulat (SP, FDP, SVP, CVP): Zusammenführen von Feuerwehr und Zivilschutz (evtl. auch Rettungsdienst) zu einer Organisationseinheit**

2.1 Beschluss

Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

3 **GRB 2619/14.08.2012 (P 286): Postulat Fraktion FDP: Stosszeiten am Bahnhof Nord - Eliminierung von Gefahren**

3.1 Beschluss

Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

4 **GRB 2705/02.07.2013 (P 299): Überparteiliches Postulat Fraktionen, SP, FDP, SVP, unterstützt durch Jugendkommission und Integrationskommission: Geplante Neugestaltung des Bereichs „Standortmarketing“: Konzept einer Stelle „Stadtentwicklung“**

4.1 Beschluss

Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

5 **GRB 2844/19.08.2014 (P 328): Postulat Clivia Wullimann (SP): Verlängerter Vaterschaftsurlaub**

5.1 Beschluss

Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

6 GRB 2997/15.09.2015 (P 355): Postulat Remo Bill (SP): Kunststoff Recycling in der Stadt Grenchen

6.1 Beschluss

Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

7 GRB 2173/22.11.2016 (P 379): Postulat glp: Public Corporate Governance

7.1 Beschluss

Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

Vollzug: KZL

RD
BD
Stapo

P 239
P 286
P 299
P 328
P 355
P 379

9.2.1.1 / acs

Wahlbüros 1 und 2: Rochade (Wahlvorschläge SP)

Vorlage: KZL/12.04.2018

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Kanzleichefin, verweist auf die Vorlage.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Vera Schenk, Kastelsstrasse 91, 2540 Grenchen, parteilos, wird für den Rest der Amtsperiode 2017-2021 als ordentliches Mitglied des Wahlbüros 1 gewählt.

4.2 Susanne Saladin, Fliederweg 15, 2540 Grenchen, SP, wird für den Rest der Amtsperiode 2017-2021 als ordentliches Mitglied des Wahlbüros 2 gewählt.

Zu eröffnen an: - Vera Schenk, Kastelsstrasse 91, 2540 Grenchen
- Susanne Saladin, Fliederweg 15, 2540 Grenchen
- Zentralwahlbüropräsident
- Angela Kummer, Präsidentin SP, Bielstrasse 62, 2540 Grenchen

Vollzug: KZL (Eröffnungen)

KZL (Behördenverzeichnis)
Oberamt Region Solothurn

0.1.8 / acs

Motion Angela Kummer (SP): Musikschule für die Zukunft fit machen: Einreichung

1 Mit Datum vom 15. Mai 2018 reicht Angela Kummer (SP) folgende Motion ein:

1.1 Motionstext

Die Schulverwaltung wird beauftragt, die städtische Musikschule zeitgemäss zu organisieren und reglementieren sowie dafür zu sorgen, dass die Schülerzahlen wieder steigen. Insbesondere soll raschmöglichst ein Musikschulreglement ausgearbeitet werden. Zudem müssen die Aufgaben und Kompetenzen der Musikschulleitung in einem Pflichtenheft geregelt werden. Wir fordern ein Zukunftsbild für die Musikschule mit Massnahmen zur Organisation und Steigerung der Schülerzahlen.

Begründung

Die vorliegende Motion bezieht sich auf die Interpellation „Städtische Musikschule stärken“, welche am 20. September 2016 behandelt wurde. Diese war als „Steilpass“ gedacht, die Musikschule in die Zukunft zu führen und rasch Massnahmen umzusetzen. Seither sind anderthalb Jahre vergangen, Ideen der Musikschullehrpersonen wurden nicht oder nur teilweise aufgenommen, der grössere Geschwisterrabatt nicht eingeführt, die Idee, Erwachsenenunterricht anzubieten noch nicht im Rat diskutiert, eine Umfrage unter den Eltern noch nicht gemacht. Auch werden aktuell in zwei Primarschulkreisen keine „Schulhaus-Chöre“ mehr angeboten, was wir bedauern. Abklärungen haben zur Erkenntnis geführt, dass nicht einmal ein Musikschulreglement und ein Pflichtenheft für die Musikschulleitung vorliegen. Die Zuständigkeiten betreffend Personalführung und Anstellungsmodalitäten sind auch nicht geklärt.

Vor allem aber sind die Schülerzahlen weiter gesunken. Im Jahr 2012 besuchten noch 338 Schülerinnen und Schüler die Musikschule, im Jahr 2017 waren es gemäss Verwaltungsbericht nur noch 231. Das ist eine Abnahme eines Drittels innert fünf Jahren! Besonders frappant ist die Entwicklung bei den Schülerzahlen der der Blasmusikinstrumente. Mit der Stadtmusik Grenchen sowie der Internationalen Musikwoche hat sich die Stadt jedoch zum Ziel gesetzt, insbesondere die Blasmusik zu stärken. Bei der Musikschule merkt man davon nichts. Für die Entwicklung der Schülerzahlen können nicht nur veränderte Lebensgewohnheiten, der anscheinend strengere Alltag der Schulkinder oder die doch recht hohen Kosten für Musikunterricht verantwortlich gemacht werden. Die Musikschule muss dringend für die Zukunft fit gemacht werden!

2. Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

GSL
SV
Musikschule
KSF

2.6.4 / acs